



Parlament
Österreich

Aus Überzeugung für eine starke Demokratie



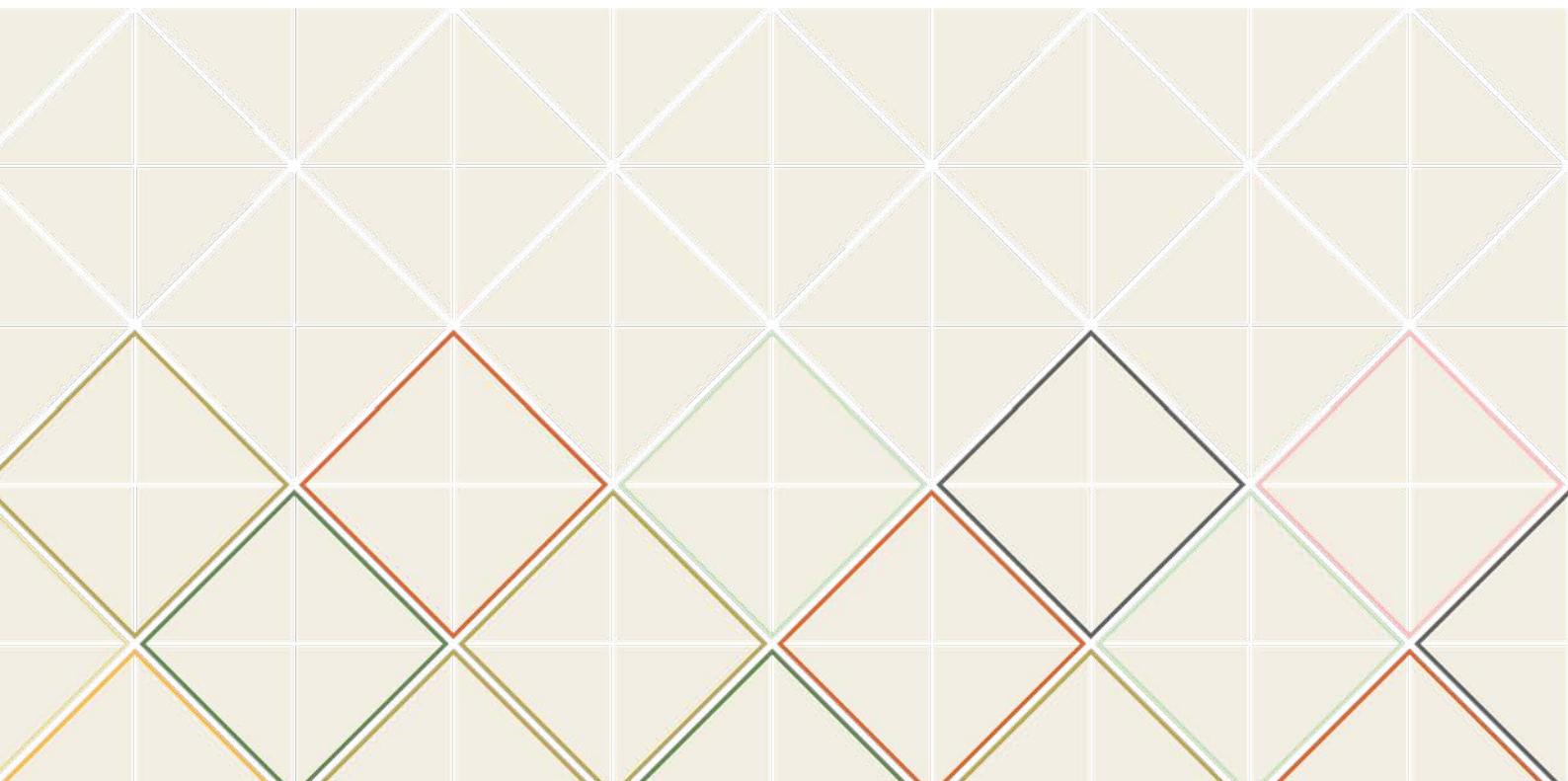


Parlamentsdirektion (Hg.)

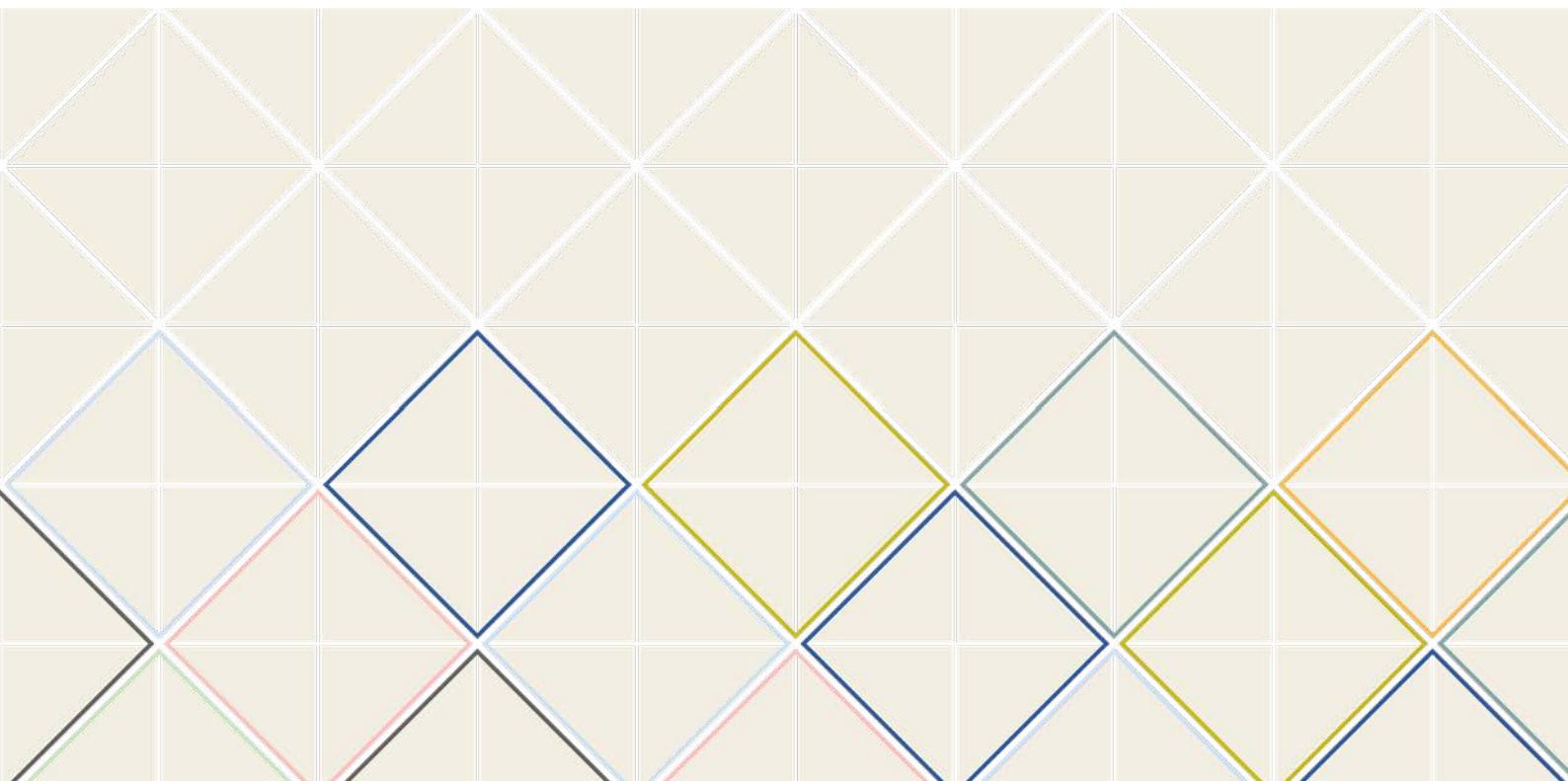
Aus Überzeugung für eine starke Demokratie

Inhalt

| | |
|--|----|
| Editorial Parlamentsdirektor Harald Dossi | 6 |
| Bilanz der XXVII. GP | 12 |
| Parlamentarische Kontrolle | 25 |
| Volksanwaltschaft: Mit Hochdruck für die Menschen arbeiten | 26 |
| Rechnungshof: Qualität und Vertrauen im Fokus | 28 |
| Parlamentarische Bundesheerkommission | 30 |
| Modernes Parlament in historischem Ambiente | 32 |
| Das Parlament in neuem Glanz | 40 |
| Meilensteine | 58 |



| | |
|--|-----|
| Das Parlament für Kinder und Jugendliche | 70 |
| Zukunft braucht Erinnerung | 79 |
| #MehralseinKreuzerl | 90 |
| Parlamentarische Diplomatie | 96 |
| Tätigkeit des Nationalrates in der XXVII. GP | 110 |
| Bildnachweis | 118 |



Harald Dossi

Parlamentsdirektor

Aus Überzeugung für eine starke Demokratie

Sehr geehrte Damen und Herren

Abgeordnete zum Nationalrat!

Bilanz ziehen bedeutet, ein Ergebnis festzustellen. Gleichzeitig ist – gerade in der regelmäßigen Abfolge der Gesetzgebungsperioden – jedes Ergebnis auch Basis für einen neuen Beginn.

Der Blick auf die XXVII. Gesetzgebungsperiode, die mit dem Tag der konstituierenden Sitzung des neuen Nationalrates am 24. Oktober 2024 endet, eröffnet vielfältige Facetten – überaus positive, internationale herausragende, aber auch für die Gesetzgebung sehr herausfordernde. Es ist daher nicht nur ein einzelnes Ergebnis, es sind viele Ergebnisse, die zwischen 2019 und 2024 entstanden sind.

Für das österreichische Parlament ist mit Sicherheit die Übersiedlung zurück in das historische Parlamentsgebäude am

Ring das prägendste und eindrucksvollste dieser Ergebnisse der vergangenen fünf Jahre. Die nachhaltige Sanierung hat es in beeindruckender Weise geschafft, ein modernes, technisch zeitgemäßes Arbeitsparlament zu schaffen und dabei gleichzeitig die historische Bausubstanz nicht nur zu restaurieren, sondern behutsam in die Gegenwart zu überführen. Davon zeugen zahlreiche Auszeichnungen wie die Zertifikate „klimaaktiv Gold“ von der Klimaschutzinitiative des Umweltministeriums, die „ÖGNB Gold“ von der Österreichischen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (ÖGNB) und als erstes nationales Parlament EU-weit die EMAS-Zertifizierung für Umweltmanagement im laufenden Betrieb. All das ist nur möglich, weil dieses Hohe Haus am Ring von hochprofessionellen Kolleginnen und Kollegen verwaltet und permanent erweitert und adaptiert wird – von den Reinigungskräften über die Sicherheit, Druckerei, Infoteam, Expedit,

Informations- und Kommunikationstechnologie, Elektrik, Tischlerei, Organisations-, Budget- und Personalverwaltung.

Gleichzeitig hat das österreichische Parlament diesen Prozess der Sanierung und damit in gewisser Weise eines Neubeginns zum Anlass genommen, sich in allen Bereichen des Hauses nicht nur auf dem Stand der aktuellen Technik, sondern zukunftsweisend zu positionieren. Heute ist das Parlament ein offenes Haus für alle Bürgerinnen und Bürger in Österreich und für alle internationalen Gäste. Über 900.000 Menschen (Stand: 31. August 2024) durften wir seit Jänner 2023 im Haus

begrüßen. Großen Anklang finden das moderne Zentrum für Besucherinnen und Besucher „Demokratikum – Erlebnis Parlament“, die Parlamentsbibliothek und die umfassend ausgebauten Angebote unserer Demokratiewerkstatt. Im Plenarium, einem der schönsten und beeindruckendsten Orte des Hauses, sind die Arbeitsräume eingerichtet, in denen junge Menschen über Demokratie und Parlamentarismus lernen – ein wichtiges Zeichen!

Wenn wir von einem Haus für alle Menschen sprechen, dann müssen Barrierefreiheit und Inklusion für uns selbstverständlich sein. Im Austausch mit den



Betroffenen selbst ist es dem Barrierefreiheitsteam der Parlamentsdirektion gemeinsam mit allen Bediensteten gelungen, Angebote zu schaffen, die Menschen einen selbstbestimmten Besuch ermöglichen.

Teil der Modernisierung und weiteren Professionalisierung des Hauses ist auch die effektive und effiziente Kommunikation. Die Visitenkarte nach außen ist dabei das vollständig überarbeitete neue Webportal, das das neu sanierte Parlamentsgebäude mit seinen Angeboten in den digitalen Raum überführt. Wichtigste Ergänzung ist die ebenfalls neu gestaltete Parlaments-App, die in komprimierter Form alle wichtigen Informationen bündelt. Kommunikation greift aber viel weiter und so zählt das österreichische Parlament europaweit zu den führenden und modernsten Parlamenten im Bereich einheitlicher Außenauftritt und damit einhergehend einer starken Corporate Identity. Vielfältige Kommunikationskanäle im digitalen und analogen Bereich, ein breiter, dialogischer Social-Media-Auftritt für unterschiedlichste Zielgruppen, eine Vielzahl von qualitativen Printprodukten, informativen Ausstellungen und interaktiven Fassadenbespielungen sind insbesondere mit Blick auf junge Generationen von weiter wachsender Bedeutung.

Alle diese Ergebnisse – ich komme wieder zum Ursprung des Wortes Bilanz ziehen zurück –, sollten uns aber nicht vom Herz unseres Hauses ablenken, das für die Demokratie in diesem Land schlägt: der Gesetzgebung. Höchste Professionalität und Expertise zeichnen die Fachjuristinnen und Fachjuristen, die Stenografinnen und Stenografen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Infohotline für die Mitglieder beider Kammern und die Kanzleikräfte des National- und Bundesrates im Plenarsitzungs- und Ausschussbereich aus. Um diffizile Geschäftsordnungsfragen zu beantworten, den legislativen Prozess zu gewährleisten und auch in politisch angespannten Situationen wie in Untersuchungsausschüssen den Überblick zu bewahren, braucht es Erfahrung, die permanente Bereitschaft, sich weiterzuentwickeln, und ein kollegiales Miteinander. All das ist im österreichischen Parlament in ausgezeichneter Weise vorhanden.

Beeindruckend weiterentwickelt hat sich auch die Beratungsleistung für Abgeordnete zum Nationalrat im vergangenen Jahrzehnt, speziell in den letzten fünf Jahren. Heute ist es selbstverständlich, dass Fachdossiers zu einem breiten Themenspektrum, Gutachten zu juristischen Fragen des Verfassungs- und Verwaltungsrechtes, umfassende Expertise zum Budget mit eigen-

ständigen Analysen und umfangreiche Recherchemöglichkeiten im Rahmen von EULE+ in höchster Qualität, oft auch sehr kurzfristig, von Kolleginnen und Kollegen effizient und effektiv direkt im Haus erstellt werden.

Im Bereich der parlamentarischen Diplomatie ist das Ergebnis, die Bilanz, besonders erfreulich. Es ist gelungen, neben vielen anderen wichtigen Besuchen und Konferenzen, die Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der Interparlamentarischen Union (IPU) mit über 800 Konferenzteilnehmenden im September 2021 nach Wien zu holen. Das österreichische Parlament war das erste nationale Parlament, das diese hochkarätige Konferenz in Kooperation mit der IPU und den Vereinten Nationen (UNO) gemeinsam veranstaltete. Ein Erfolg, der sicher auch auf die vielfältigen bilateralen und multilateralen Bemühungen der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen ist – auch da ist das österreichische Parlament ein stabiler, weit über unsere Landesgrenzen hinweg höchst angesehener Partner.

Im vergangenen Jahr hat die Parlamentsdirektion, die Verwaltungseinheit des österreichischen Parlaments, die ich als Parlamentsdirektor leiten darf, in einem umfassenden Prozess den eigenen Purpose

erarbeitet. Darunter ist der Grund zu verstehen, warum wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion jeden Tag mit großer Freude unserer Tätigkeit an diesem für uns so besonderen Arbeitsplatz nachgehen. Dieser Grund lautet: „Aus Überzeugung für eine starke Demokratie!“ Abschließend möchte ich daher eine Kollegin zu Wort kommen lassen: „Ich komme jeden Tag mit Leidenschaft hierher, da ich überzeugt bin, dass die Demokratie die beste Form ist, die wir haben.“

Mit dieser Darstellung der zahlreichen Service- und Unterstützungsleistungen der Parlamentsdirektion möchten wir uns einerseits von denjenigen Abgeordneten, die das Hohe Haus mit Beginn der nächsten Gesetzgebungsperiode verlassen, verabschieden und uns bei ihnen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Andererseits begrüßen wir damit insbesondere die neu gewählten Abgeordneten, die wir in der bewährten Weise unterstützen wollen.

Ich wünsche Ihnen allen eine interessante Lektüre mit vielen neuen und spannenden Einblicken!



Parlamentsdirektor Harald Dossi

Die Parlamentsdirektion:

Aus Überzeugung für eine starke Demokratie

Die österreichische Bundesverfassung überträgt die Unterstützung der gesetzgebenden Organe des Bundes sowie der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament der Parlamentsdirektion unter der Leitung des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Nationalrates.

Rund 485 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für einen reibungslosen Ablauf des parlamentarischen Geschehens und stellen Services für alle am parlamentarischen Geschehen Interessierten zur Verfügung.

Obwohl sie den unterschiedlichsten Aufgaben nachgehen, haben sie eines gemeinsam: Sie alle arbeiten aus Überzeugung für eine starke Demokratie. Was das für jede und jeden persönlich bedeutet, haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Abteilungen zusammengefasst.

Maria Tiwald-Rainer

„Ich bin froh, in einem demokratischen Staat zu leben und dass ich mit meiner Arbeit einen Beitrag zu einer starken Demokratie leisten kann.“

Elis Thiel

„Ich komme jeden Tag mit Leidenschaft hierher, da ich überzeugt bin, dass die Demokratie die beste Form ist, die wir haben.“

Elisabeth Müller

„Ein spontanes, ehrliches ‚Schön, du arbeitest für die Demokratie‘ zu hören ist die wohl schönste Bestätigung für die eigene Überzeugung.“

Petra Gschiel

„Die Wirkung unseres Purpose stärkt mich jeden Tag!“

Johanna Chaloupka

„Eine starke Demokratie braucht auch transparente öffentliche Finanzen – dafür setze ich mich im Budgetdienst ein!“



Valentina-Anna Straßer

„Für mich ist der Purpose, wirklich im Herzen der Demokratie zu arbeiten. Das hat mich zur Parlamentsdirektion geführt und hier kann ich das leben.“

Patrick Krammer

„Ein Purpose – dieser Purpose – drückt sehr gut aus, wie wichtig es für eine öffentliche Institution wie die Parlamentsdirektion ist, die Verantwortung und die allgemeine Notwendigkeit selbstbewusst nach außen zu tragen.“

Viktoria Nedwed

„Ich finde es bestärkend, jeden Tag in die Arbeit zu gehen und einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie zu leisten, etwa indem wir junge Menschen als Institution erreichen.“

Jeremy Okorn

„Information ist ein unverzichtbarer Teil für eine starke Demokratie.“

Emilia Bittner

„Mein Purpose ist, für Bürgerinnen und Bürger unterstützend tätig zu werden – für eine starke Demokratie.“

Nicole Hammer

„Die Demokratie lebt von engagierten Menschen – und ich bin stolz, mit meinem Job und meinem Einsatz einer von ihnen zu sein.“

Wolfpaul Finder

„Purpose bedeutet für mich, dass Demokratie jeden Tag neu auf allen Ebenen verteidigt werden muss und dass wir das festigen, was wir haben. Er heißt für mich auch, dafür zu sorgen, dass es so bleibt.“

Fabio Herold

„Ich möchte das Hohe Haus technisch bestmöglich unterstützen, damit man sich auf das Wichtigste konzentrieren kann: eine starke Demokratie.“

Bilanz der XXVII. GP

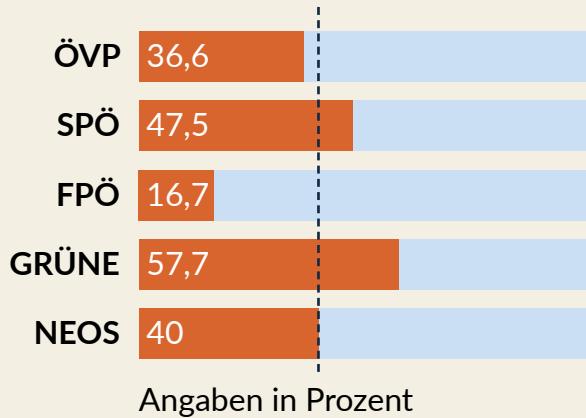




Am 23. Oktober 2019 trat der neu gewählte Nationalrat der XXVII. Gesetzgebungsperiode erstmals zusammen.

Ihm gehörten fünf Klubs an, die Grünen ersetzten nach einer Pause von zwei Jahren mit ihrer Rückkehr in den Nationalrat die Liste JETZT, die den Wiedereinzug verpasste. Kurz vor der Wahl im Juli 2019 wurde im Zuge einer Änderung des Klubfinanzierungsgesetzes ein Bonus von drei Prozent für Klubs mit einem Frauenanteil von über 40 Prozent beschlossen, SPÖ und Grüne erreichten diese Grenze.

Frauenanteil der Klubs nach der Wahl



Bis Ende 2022 tagte der Nationalrat aufgrund der Generalsanierung des historischen Parlamentsgebäudes im Redoutensaal der Hofburg.

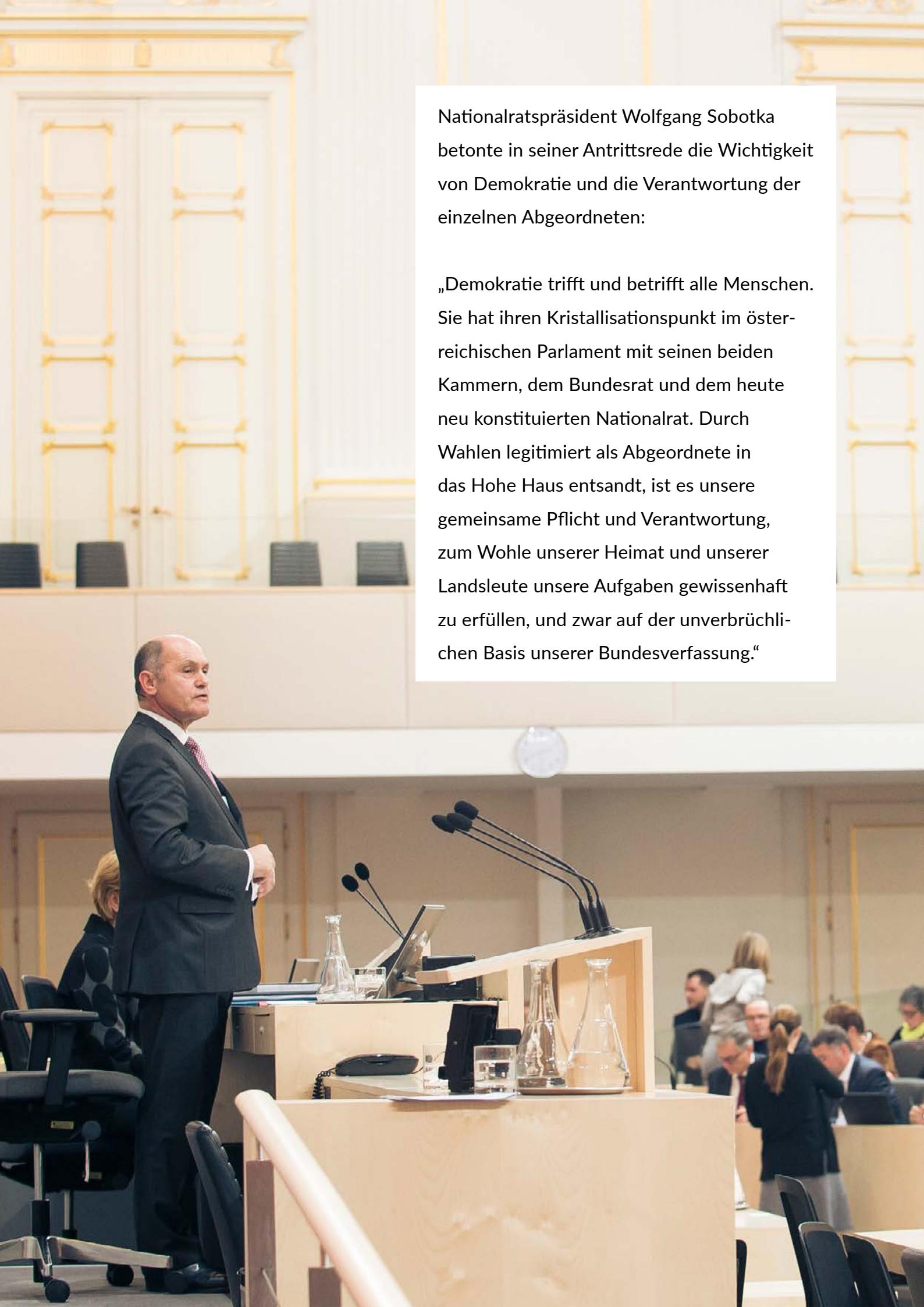




Zum Präsident des Nationalrates wurde **Wolfgang Sobotka** (ÖVP) gewählt, Zweite Präsidentin des Nationalrates wurde **Doris Bures** (SPÖ) und Dritter Präsident des Nationalrates **Norbert Hofer** (FPÖ).

Als Kluboblate fungierten in der XXVII. Gesetzgebungsperiode:

- ◆ **Sebastian Kurz** (ÖVP, 23. Oktober 2019 bis 7. Jänner 2020)
- ◆ **August Wöginger** (ÖVP, 7. Jänner 2020 bis 13. Oktober 2021)
- ◆ **Sebastian Kurz** (ÖVP, 14. Oktober 2021 bis 8. Dezember 2021)
- ◆ **August Wöginger** (ÖVP, ab 9. Dezember 2021)
- ◆ **Pamela Rendi-Wagner** (SPÖ, 23. Oktober 2019 bis 12. Juni 2023)
- ◆ **Philip Kucher** (SPÖ, ab 13. Juni 2023),
- ◆ **Herbert Kickl** (FPÖ),
- ◆ **Werner Kogler** (GRÜNE, bis 7. Jänner 2020),
- ◆ **Sigrid Maurer** (GRÜNE, ab 8. Jänner 2020),
- ◆ **Beate Meinl-Reisinger** (NEOS)



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte in seiner Antrittsrede die Wichtigkeit von Demokratie und die Verantwortung der einzelnen Abgeordneten:

„Demokratie trifft und betrifft alle Menschen. Sie hat ihren Kristallisierungspunkt im österreichischen Parlament mit seinen beiden Kammern, dem Bundesrat und dem heute neu konstituierten Nationalrat. Durch Wahlen legitimiert als Abgeordnete in das Hohe Haus entsandt, ist es unsere gemeinsame Pflicht und Verantwortung, zum Wohle unserer Heimat und unserer Landsleute unsere Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, und zwar auf der unverbrüchlichen Basis unserer Bundesverfassung.“

Coronapandemie

Die Coronapandemie bestimmte das parlamentarische Geschehen über mehrere Jahre hinweg und überschattete alle anderen thematischen Schwerpunkte. Am 25. Februar 2020 wurden die ersten Coronafälle in Österreich bekannt, woraufhin nicht nur die Bundesregierung, sondern auch das österreichische Parlament als gesetzgebende Gewalt massiv gefordert war und rasch und entschieden gehandelt hat. Um die unmittelbar dringlichen Maßnahmen der

Bundesregierung in Zusammenhang mit dem Coronavirus auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, traten Nationalrat und Bundesrat bereits am Samstag, 14. März 2020, und Sonntag, 15. März 2020, zu ersten außerplanmäßigen Sitzungen zusammen, um das verfassungsgemäße Inkrafttreten der Gesetze zu gewährleisten. 20 Sitzungen mit überwiegendem Bezug zur Coronapandemie fanden alleine im Jahr 2020 statt. Viele weitere folgten.

Drei NR-Plenarsitzungen

am Wochenende:

- ◆ 14. und 15. NR-Sitzung am Samstag (14.03.2020)
- ◆ 16. NR-Sitzung am Sonntag (15.03.2020)

Drei BR-Plenarsitzungen

am Wochenende:

- ◆ 903. BR-Sitzung am Sonntag (15.03.2020),
- ◆ 904. BR-Sitzung am Samstag (21.03.2020),
- ◆ 905. BR-Sitzung am Samstag (04.04.2020)

Erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik: Sitzungen beider Kammern am selben Wochenende (Sonntag, 15.03.2020)

Die fünf Ministerialentwürfe, zu denen die meisten **Stellungnahmen** abgegeben wurden, waren alle mit COVID-19-Bezug:

- ◆ COVID-19-Impfpflichtgesetz 164/ME: **106.202**
- ◆ Epidemiegesetz, COVID-19-Maßnahmengesetz 98/ME: **35.315**
- ◆ Bundes-Krisensicherheitsgesetz 245/ME: **19.027**
- ◆ Epidemiegesetz, COVID-19-Maßnahmengesetz 122/ME: **16.542**
- ◆ Epidemiegesetz, COVID-19-Maßnahmengesetz 88/ME: **14.351**

Umfassend ausgebaut wurden aufgrund der Pandemiesituation die virtuellen Angebote des österreichischen Parlaments. Führungen durch das Parlament wurden als Livestream angeboten, währenddessen Gäste sogar live Fragen stellen konnten. Erste Einblicke gab es ab 2021 mit einer Online-Führung auch durch die Baustelle des Parlamentsgebäudes am Ring.

Technische Neuerungen

Für den Einsatz von KI und automatischer Spracherkennung als unterstützende Technologie hat die Parlamentsdirektion in dieser Gesetzgebungsperiode erste Schritte unternommen – technisch, organisatorisch und rechtlich.

Im selben Jahr, in dem die Stenographischen Protokolle ihr 175-jähriges Bestehen feierten, veranstaltete die Abteilung im Parlament eine internationale Fachtagung zum Thema sprecherinnen- und sprecherunabhängige Spracherkennung. Daraus ging eine Vernetzung von Fachabteilungen und IT-Abteilungen und ein regelmäßiger Austausch unter den deutschsprachigen Parlamenten hervor – beides eine wertvolle Ressource bei der Umsetzung von Pilotprojekten.

Viele dieser virtuellen Angebote wurden auch nach dem Ende der Coronapandemie beibehalten. Herzstück des neuen digitalen Angebots ist die im Rahmen der Wiedereröffnung des historischen Parlamentsgebäudes am Ring präsentierte neue Website des österreichischen Parlaments.

Textgegenüberstellungen

Welche Auswirkungen hat ein eingelangter Gesetzestext im Falle seiner Beschlussfassung auf den geltenden Gesetzestext? Um den angestrebten neuen Gesetzestext lesbar zu machen, bietet die Parlamentsdirektion sogenannte Textgegenüberstellungen an. Damit werden Gesetzesänderungen rasch und einfach erkennbar.

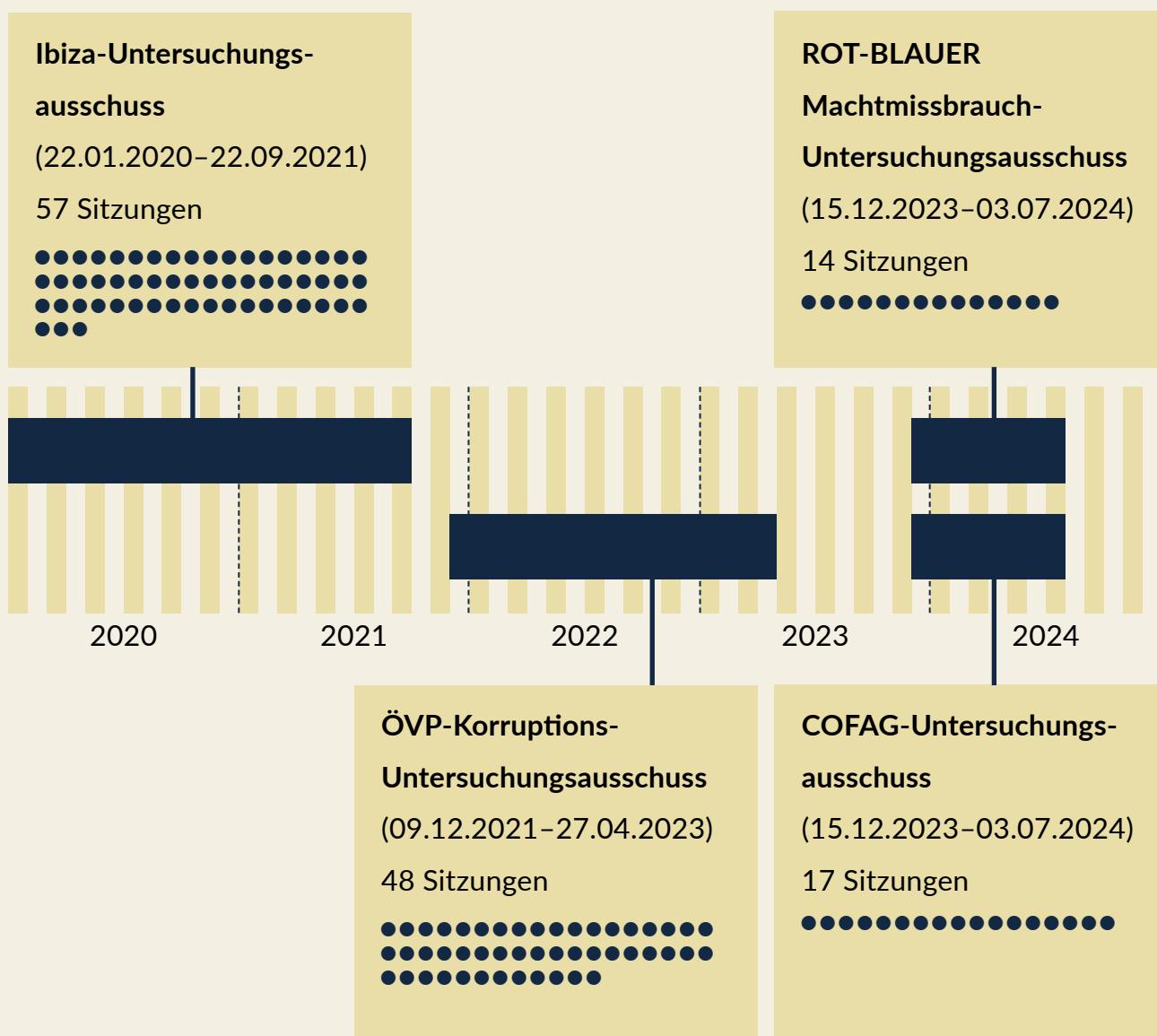
Begutachtungsverfahren

Im Jahr 2021 wurde für Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen die Möglichkeit geschaffen, zu allen Gesetzesinitiativen Stellung zu nehmen. Stellungnahmen und Unterstützungen können über das Webportal elektronisch abgegeben werden. Insgesamt sind in der XXVII. Gesetzgebungsperiode im vorparlamentarischen und parlamentarischen Begutachtungsverfahren mehr als 500.000 Stellungnahmen eingelangt.

Untersuchungsausschüsse

In der XXVII. Gesetzgebungsperiode wurden vier Untersuchungsausschüsse (UsA) eingesetzt, die in insgesamt 136 Sitzungen tagten. Seit Ende 2014 können Untersuchungsausschüsse von einem Viertel der Abgeordneten (= 46 Abgeordnete) verlangt werden. Mit diesem Minderheitenrecht verfügt die parlamentarische Opposition über ein starkes Kontroll-

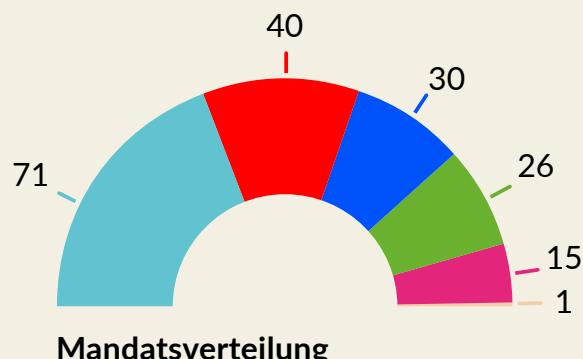
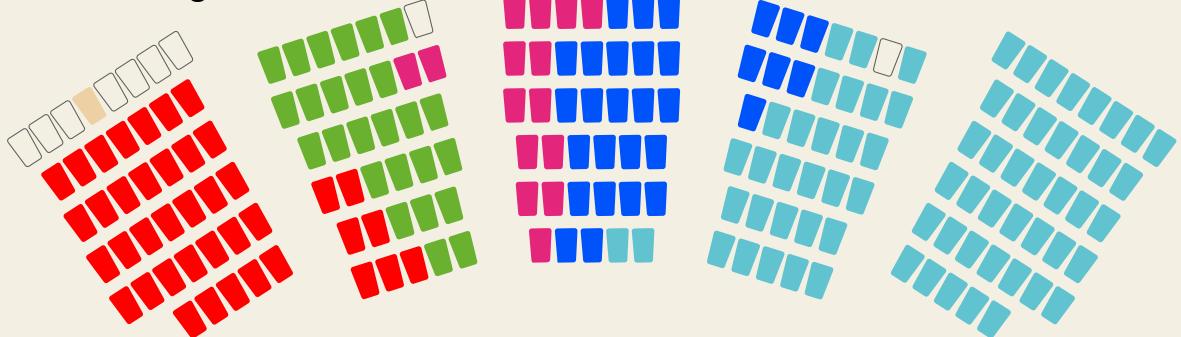
instrument. Voraussetzung ist, dass der UsA einen bestimmten, abgeschlossenen Bereich der Vollziehung behandelt und sich nicht in laufende politische Angelegenheiten einmischt. Die Tätigkeit endet grundsätzlich nach 14 Monaten mit der Vorlage eines Berichts an den Nationalrat. Nur in Ausnahmefällen ist eine Verlängerung möglich.



Start in die XXVII. GP

Stand: 23. Oktober 2019

Sitzverteilung



Jüngster Abgeordneter:

Yannick Shetty (NEOS), 24 Jahre

Älteste Abgeordnete:

Elisabeth Scheucher-Pichler (ÖVP),
65 Jahre

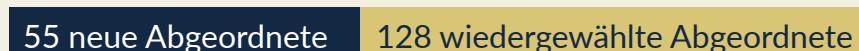
Erfahrenster Abgeordneter:

Karlheinz Kopf (ÖVP), seit 1994
ohne Unterbrechung im Nationalrat

Wiener Stunde: 62 Minuten



Erstmalige Abgeordnete



Wahlbeteiligung



● ÖVP ● SPÖ ● FPÖ ● GRÜNE ● NEOS ● Ohne Klub

Rekorde der XXVII. GP

Stand: 19. September 2024

Gesetzesbeschlüsse

Insgesamt **933** Gesetzesbeschlüsse



Zum Vergleich: In der XXIV. GP (2008–2013, der letzten GP, die ebenfalls fünf Jahre dauerte) gab es **648** Gesetzesbeschlüsse.

Weitere Rekorde der XXVII. GP

| | XXVII. GP | XXIV. GP |
|-------------------------|---------------|----------|
| Plenarsitzungen | 276 | 219 |
| Ausschusssitzungen | 1.044 | 1.027 |
| Hauptausschusssitzungen | 105 | 76 |
| Initiativanträge | 895 | 395 |
| Schriftliche Anfragen | 19.567 | 16.170 |
| Untersuchungsausschüsse | 4 | 2 |



Über **517.538** Stellungnahmen haben Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen im Rahmen von Beteiligungen abgegeben.



Abgeordnete haben in den letzten fünf Jahren **205** Ordnungsrufe erteilt bekommen.



Parlamentskorrespondenz

Die Parlamentskorrespondenz berichtet neutral, umfassend und parteiunabhängig über das Geschehen im Hohen Haus.

seit 23. Oktober 2019:
insgesamt **6.295** Aussendungen
(Stand 1. Oktober 2024)

Inhaltlich zusammengefasste Verhandlungsgegenstände:

- ◆ **4.134** Anträge des Nationalrates
- ◆ **154** Anträge des Bundesrates
- ◆ **982** Berichte an den Nationalrat
- ◆ **608** Regierungsvorlagen, Volksbegehren, Ausschussanträge, Abkommen, Erklärungen
- ◆ **168** Vorlagen des Budgetausschusses
- ◆ **286** Vorlagen des Hauptausschusses
- ◆ **150** Petitionen
- ◆ **56** Bürgerinitiativen
- ◆ **101** Sonderaktivitäten im Nationalrat oder Bundesrat

Fachinfos der Parlamentsdirektion

Die Fachinfos des Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienstes (RLW) bieten Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Klubs bedarfsoorientierte Unterstützung für ihre parlamentarische Arbeit.

Gleichzeitig sind sie ein Informations- service mit fundierten Inhalten für Medienvertreterinnen und -vertreter sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Fachinfos des RLW in der XXVII. GP

- ◆ **102** Fachdossiers
- ◆ **105** Rechtsmonitorings
- ◆ **285** Judikaturauswertungen

Fachinfoseite des Parlaments:

www.parlament.gv.at/fachinfos/rbw



Außerdem stellt der RLW Informationen zu Zukunftsthemen zur Verfügung, organisiert den jährlichen Tag der Parlamentsforschung und das Forschungsjahr im Parlament. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des RLW publizieren regelmäßig wissenschaftliche Beiträge und tragen an Universitäten vor.

Tag der Parlamentsforschung

Mit dem Tag der Parlamentsforschung, den der RLW jährlich organisiert, wird aktuellen Entwicklungen im Bereich der Parlamentsforschung Raum gegeben. Wissenschaft und Praxis treten in Austausch und wissenschaftlicher Nachwuchs wird unterstützt.

Weitere Informationen rund um die Parlamentsforschung finden Sie auf der Website des Parlaments:



[www.parlament.gv.at/fachinfos/
rlw/parlamentsforschung](http://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/parlamentsforschung)



Der Budgetdienst

Der Budgetdienst berät den Nationalrat in Angelegenheiten der öffentlichen Finanzen und erstellt Analysen zum Budget, zu (Gesetzes-)Vorlagen sowie auf Anfrage von Abgeordneten des Budgetausschusses.

In der vergangenen Legislaturperiode erstellte der Budgetdienst **446** Analysen und Informationen für Abgeordnete des Budgetausschusses.

| Analysen und Informationen des Budgetdienstes | ab Okt. 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | bis Okt. 2024 | Summe |
|---|-----------------|------------|-----------|-----------|-----------|------------------|------------|
| Analysen zum Bundesfinanzgesetz bzw. zum Bundesfinanzrahmengesetz | - | 72 | 36 | 36 | 37 | - | 181 |
| Analysen für laufende Budgetausschüsse | 8 | 29 | 36 | 41 | 36 | 22 | 172 |
| Anfragebeantwortungen, Kurzstudien | 1 | 5 | 5 | 4 | 4 | 4 | 23 |
| Analysen zur Wirkungsorientierten Folgenabschätzung | - | 9 | 7 | 9 | 8 | 7 | 40 |
| Information und Briefingunterlagen | 3 | 7 | 4 | 5 | 5 | 6 | 30 |
| Gesamt | 12 | 122 | 88 | 95 | 90 | 39 | 446 |

TELEFON 3



SPRE

Parlamentarische Kontrolle

Volksanwaltschaft: Mit Hochdruck für die Menschen arbeiten

Aufgrund der Coronapandemie und der folgenden Herausforderungen erreichten die Volksanwaltschaft in den letzten Jahren immer mehr Beschwerden. Zusätzliche Berichte veröffentlichte die Volksanwaltschaft 2022 zu den Themen Jugend in Haft, den sozialen Grundrechten und dem Terroranschlag von 2020. Darüber hinaus war 2022 aber auch ein Jahr der Jubiläen:

- ◆ 45 Jahre Volksanwaltschaft
- ◆ 10 Jahre Menschenrechtsmandat
- ◆ 5 Jahre Heimopferrentenkommission

Mithilfe der NGO-Foren konnte die Volksanwaltschaft Betroffene, die Zivilgesellschaft und Behörden miteinander vernetzen. Gemeinsam mit NGOs gab die Volksanwaltschaft Empfehlungen zur UN-Staatenprüfung zur Behindertenrechtskonvention ab. Im Bereich der Frauenrechte beteiligte sich die Volksanwaltschaft an der alljährlichen Ringvorlesung „Eine von fünf“ gegen Gewalt an Frauen.

Auf internationaler Ebene fanden zahlreiche Besuche statt, wie die Board Meetings des International Ombudsman Instituts (IOI).

Zuvor hatte das IOI den Status einer „sonstigen internationalen Einrichtung“ erhalten, und der Volksanwaltschaft wurde der höchste Status als Nationale Menschenrechtsinstitution verliehen.

In der Präventiven Menschenrechtskontrolle führt die Volksanwaltschaft nun Prüfschwerpunkte durch, deren Ergebnisse dem Parlament, aber auch der Öffentlichkeit berichtet werden.

Dass diese Anstrengungen honoriert werden, zeigen nicht nur die gestiegenen Beschwerden, sondern auch der APA/OGM-Vertrauensindex 2023. Erstmals mitabgefragt landete die Volksanwaltschaft auf Platz 1. Für dieses Vertrauen möchten wir uns bedanken. Es stellt einen zusätzlichen Ansporn dar, sich für die Anliegen der Menschen einzusetzen. Die Volksanwaltschaft wird mit Hochdruck weiter daran arbeiten.

(re.) Kollegium der Volksanwaltschaft (v. li.):
Volksanwalt Bernhard Achitz, Volksanwältin
Gaby Schwarz, Volksanwalt Walter Rosenkranz



Leistungsbilanz 2019–2023

● 2019 ● 2020 ● 2021 ● 2022 ● 2023

Beschwerden über die Verwaltung (Gesamt: 105.270)



Menschenrechtliche Kontrollbesuche (Gesamt: 2.509)



Anträge auf Heimopferrente (Gesamt: 2.415)



Sprechtag (Gesamt: 698)



Rechnungshof: Qualität und Vertrauen im Fokus

In der XXVII. Gesetzgebungsperiode behandelte der Rechnungshofausschuss 222 Berichte über Prüfungen auf Bundes- ebene, darunter sieben Sonderprüfungen, die auf ein Verlangen des Nationalrates zurückgehen. Die hohe Relevanz der vom Rechnungshof vorgelegten Themen beein- flusste die inhaltliche Debatte sowohl im Ausschuss als auch im Plenum.

Im Herbst 2023 entwickelte sich die Be- handlung der Berichte im Rechnungshof- ausschuss maßgeblich weiter: Zu Beginn der Behandlung des jeweiligen Berichts stellt Präsidentin Margit Kraker nun die wesentlichen Inhalte in einer kurzen Präsentation vor.

Insgesamt tagte der Rechnungshofaus- schuss in der XXVII. Legislaturperiode 39 Mal, die Debatten wurden stets sach- lich geführt. Der jährliche Bundesrech- nungsabschluss wurde von Präsidentin Kraker im Budgetausschuss präsentiert.

Mit den Novellen des Parteiengesetzes in den Jahren 2019 und 2022 wurde die Re- chenschaftspflicht der Parteien verschärft.

Die Novelle 2022 brachte für den Rech- nungshof originäre Prüf- und Einsichts- rechte zur Kontrolle der Parteifinanzen.

Im Juli 2023 lud der Rechnungshof zehn Jahre nach Inkrafttreten des neuen Haushaltsrechts zu einer Festveranstaltung unter dem Motto „Reformbedarf im Haus- haltsrecht“ ins Hohe Haus ein, an der auch der Finanzminister teilnahm. Im November folgte die Feier zu 70 Jahren INTOSAI und 60 Jahren Wien als Sitz des Generalsekretariats, zu der eine Festveranstaltung mit internationalem Publikum im Parlament stattfand.

Die Präsidentin des Rechnungshofes nahm am Bauherrenausschuss mit beratender Stimme teil. Insgesamt überprüfte der Rechnungshof die Sanierung des Parla- mentsgebäudes im Rahmen von drei Be- richten. Der abschließende Bericht mit den Schwerpunkten Kosten und Termine wurde dem Nationalrat am 29. September 2023 vorgelegt.

(re.) Rede der Präsidentin des Rechnungshofes Margit Kraker bei einer Festveranstaltung anläss- lich des 70-jährigen Jubiläums der INTOSAI



Rechnungshof in Zahlen

● 2020 ● 2021 ● 2022 ● 2023 ● 2024

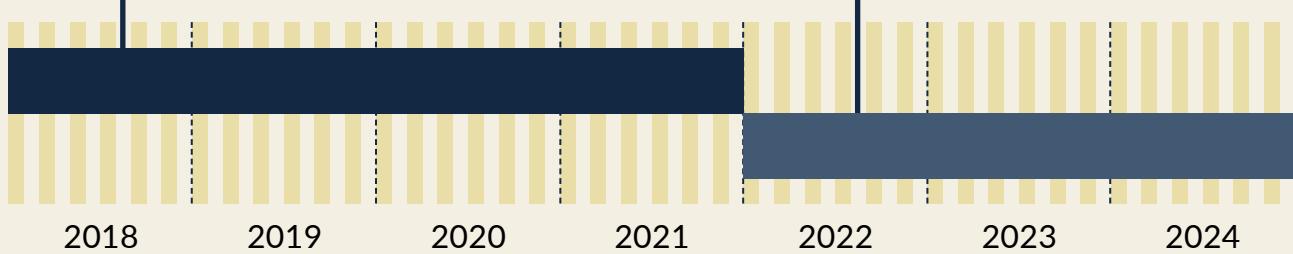
Anzahl der im Rechnungshofausschuss behandelten Berichte (insgesamt 222)



Schwerpunkte des Rechnungshofes in der XXVII. GP

Schwerpunkt 2018–2021:
„Bürgernutzen öffentlicher Leistungen“
Fokus: Qualität der Leistungserbringung des
öffentlichen Sektors

Schwerpunkt 2022–2024:
„Next Generation Austria“
Fokus: Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen



Nächster Schwerpunkt: „Vertrauen in den Staat“

Fokus: Sicherung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung

Parlamentarische Bundesheerkommission

Die Parlamentarische Bundesheerkommission wurde 1955 mit der Gründung des Bundesheeres als demokratisch legitimiertes Kontrollorgan des Nationalrates eingerichtet. Der Parlamentarischen Bundesheerkommission gehören drei in der Amtsführung einander abwechselnde Vorsitzende sowie zehn weitere Mitglieder an. Eine Funktionsperiode der Kommission dauert sechs Jahre, derzeit von 2021 bis 2026. Dem Präsidium gehören die Vorsitzenden Abg. z. NR Robert Laimer, Abg z. NR Friedrich Ofenauer und Abg. z. NR a.D. Reinhard Bösch an.

Die Vorsitzenden werden vom Nationalrat gewählt, die übrigen Mitglieder von den politischen Parteien im Verhältnis ihrer Mandatsstärke im Hauptausschuss des Nationalrates entsendet.

Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgrade können sich über Mängel oder Übelstände im militärischen Dienstbereich direkt bei der Parlamentarischen Bundesheerkommission beschweren.

Im Durchschnitt werden jährlich ca. 300 **Beschwerden** eingebracht sowie etwa 2.500 **Anfragen und Rechtsauskünfte** bearbeitet. Regelmäßig führt die Parlamentarische Bundesheerkommission Prüfbesuche im In- und Ausland bei den österreichischen Soldatinnen und Soldaten durch. Unabhängig davon kann jederzeit eine amtswegige Prüfung oder eine Überprüfung vor Ort von der Kommission durchgeführt werden.

Die 15ICOAF – 15. Internationale Konferenz der Ombudsinstitutionen für die Streitkräfte – fand vom 18. bis 20. Juni 2023 in Wien statt. An der Konferenz im Parlament nahmen Ombudseinrichtungen von 40 Staaten, aus Afrika, Amerika, Asien, Australien und Europa, sowie mehrere internationale Organisationen teil.

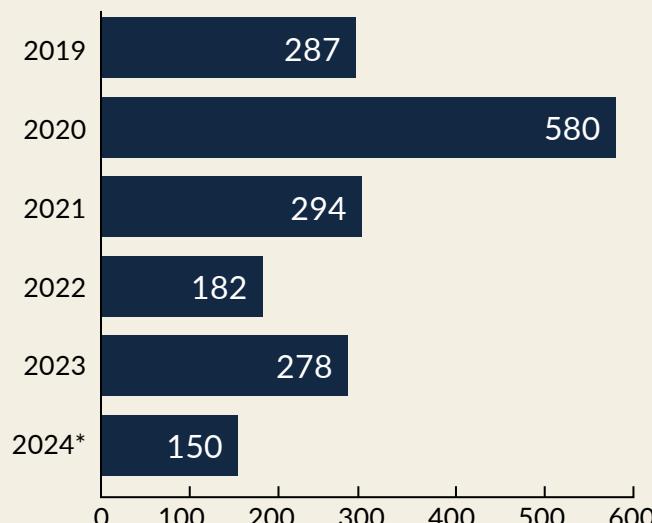
(re. o.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 15ICOAF (International Conference of Ombuds Institutions for the Armed Forces) im Juni 2023 im Parlament.

(re. u.) Prüfbesuch PBHK bei der Militärvertretung Brüssel im November 2020

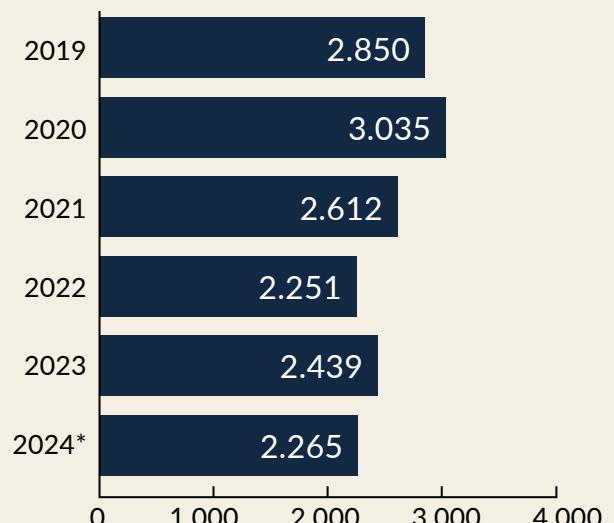


Parlamentarische Bundesheerkommission in Zahlen

Eingeleitete Beschwerdeverfahren



Anfragen und Rechtsauskünfte



*Stand: 7. Oktober 2024

Modernes Parlament in historischem Ambiente

Mit der nachhaltigen Sanierung des Parlamentsgebäudes gelang die Erhaltung des historisch wertvollen Gebäudes für nachfolgende Generationen und als Ort für zeitgemäßen, modernen Parlamentarismus. Nach über 130 Jahren beinahe ununterbrochenen Betriebs war das Parlamentsgebäude am Ende seiner technischen Betriebsdauer angelangt. Um das Bauwerk in seiner architektonischen Schönheit zu bewahren und es gleichzeitig technisch fit für die Zukunft zu machen, wurde 2014 die Sanierung von allen Parlamentsfraktionen einstimmig beschlossen. Die in Wien ansässige Bietergemeinschaft Jaborlegg & Pálffy_AXIS wurde nach einem europaweiten Vergabeverfahren 2014 als Generalplaner beauftragt. Mit

dem Baumanagement war die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) betraut. Die Projektsteuerung oblag Vasko+Partner Ingenieure. Das gesamte Sanierungsprojekt wurde vom 2014 konstituierten Bauherrenausschuss begleitet, dem neben Mitgliedern der Präsidialkonferenz auch die Rechnungshofpräsidentin angehörte. Für Fragen der Nutzergruppen wurde der Nutzerbeirat eingerichtet, an dessen Sitzungen neben Abgeordneten auch Mitglieder der Parlamentsdirektion und der Monitor von Transparency International teilnahmen. Als örtliche Bauaufsicht fungierte die Bietergemeinschaft Werner Consult – Wendl ZT GesmbH. Mit der begleitenden Kontrolle wurde die iC consulenten Ziviltechniker GmbH betraut.



Von 2014 bis 2017 wurden umfassende vorbereitende Maßnahmen getroffen, ein Ausweichquartier in der Hofburg und am Heldenplatz geschaffen und 2017 schließlich der komplette parlamentarische Betrieb abgesiedelt. 2018 begannen die Baumaßnahmen. Über 100 Baufirmen aus ganz Österreich wirkten an der Sanierung mit. In Spitzenzeiten waren bis zu 550 Personen gleichzeitig auf der Baustelle tätig. Der Gesamtkostenrahmen wurde im Jahr 2014 einstimmig per Gesetz festgelegt. Die Kosten für die Sanierung wurden mit 352,2 Mio. Euro, jene für die Interimslokation und die Übersiedlung mit 51,4 Mio. Euro (jeweils mit einer Reserve von 20 Prozent) festgelegt. Infolge der Behinderungen durch die Coronapandemie sowie weiterer Bauzeitverlängerungen und Kostenüberschreitungen wurde im November 2020 diese Kostenreserve mit einstimmigem Beschluss aktiviert, der erweiterte Gesamtkostenrahmen für die Sanierung, die Interimslokation, die Übersiedlungen und die Eigen- und Gesellschaftskosten lag damit bei 515,1 Mio. Euro. Die Schlussabrechnung vom 29. Februar 2024 wies letztlich realisierte Gesamtkosten in der Höhe von 506,2 Mio. Euro aus. Die Sanierung des Parlamentsgebäudes griff die Konzepte der architektonischen Vorgänger Theophil Hansen sowie Fellerer und Wörle klug auf und verband sie harmonisch mit den

Vor und nach der Sanierung

- 1) Als Zeichen für Transparenz wurde über dem Nationalratssaal eine Glaskuppel errichtet, wodurch erstmals Tageslicht in den Raum fällt.
- 2) Die Agora ist Teil des neu geschaffenen Zentrums für Besucherinnen und Besucher. Zuvor stand das feuchte Ziegelgewölbe leer und war nicht öffentlich zugänglich.
- 3) Die Parlamentsbibliothek ist die größte politische Fachbibliothek Österreichs. Nach der Sanierung und Modernisierung des historischen Parlamentsgebäudes erscheint sie in neuem Glanz.
- 4) In diesem Saal trafen sich vor der Sanierung die Mitglieder des Budgetausschusses. Nach der Sanierung finden hier die Sitzungen des Bundesrates statt.

baulichen Mitteln der Gegenwart. Die bestehende Architektur wurde so modernen Ansprüchen gerecht und schrieb die räumliche Struktur fort, ohne sie zu überdecken. Die Rückübersiedlung in das Gebäude erfolgte zu Jahresbeginn 2023.

Die Sanierung im Detail

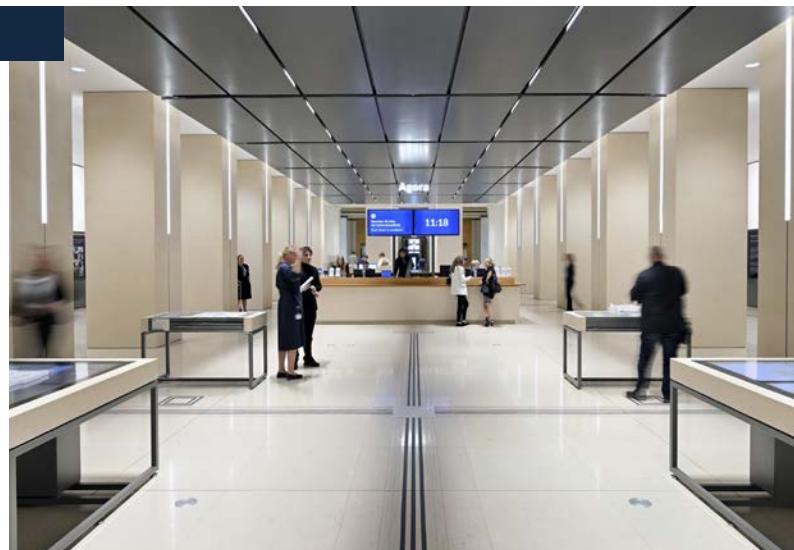
Saniert wurden rund 55.000 m² Netto-Geschoßfläche, 740 Fenster und 600 historische Türen sowie 500 historische Luster und Leuchten. Die Nutzfläche wurde um rund 10.000 m² erweitert. Die wesentlichen architektonischen



1



2



3



4





5



6



7



8



Neuerungen sind die neue Glaskuppel über dem Nationalratssaal mit einem Durchmesser von 28 Metern und einer Fläche von 550 m². Damit fällt erstmals Tageslicht in den Saal. Direkt unter der Kuppel befindet sich das neue Plenarium, das eindrucksvolle Einblicke in den Saal und die Dachlandschaft erlaubt und die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments beherbergt.

Ausschusslokale wurden nicht nur nach wichtigen österreichischen Persönlichkeiten neu benannt, sondern auch neu angeordnet. Der ehemalige Budgetsaal wurde zum neuen Bundesratssaal. Im Erdgeschoß wurden zwei große Lokale eingerichtet. Highlight für die Gäste ist das Demokratikum – Erlebnis Parlament, das auf 1.500 m² direkt unter der Säulen halle Wissen über Demokratie und Parlamentarismus auf moderne, interaktive Weise vermittelt.

Nachhaltiges Bauen – Modernisierung im Einklang mit Denkmalpflege

Wesentliche Grundsätze der Sanierung wurden im gesamten Gebäude verwirklicht. Moderne Technik und aktuelle Sicherheitsstandards wurden im Einklang mit Denkmalschutz und Denkmalpflege umgesetzt. Zentrales Ziel war die Steigerung der Nach-

- 5) Die neue Glaskuppel über dem Sitzungssaal des Nationalrates ermöglicht erstmals den Blick in den Himmel und auf die Quadrigen am Dach. Sie ersetzt die beiden Glasdecken, die den Saal bisher bedeckten.
- 6) Im Zuge der Sanierung wurden vier Haupttreppen errichtet, durch die erstmals alle Ober- und Untergeschoße zentral miteinander verbunden sind. An ihrer Stelle befanden sich früher Innenhöfe.
- 7) Im Lokal 1 finden Fach- und U-Ausschüsse sowie Veranstaltungen statt. Der Raum liegt direkt unter dem Nationalratssaal und wurde vom Hohlräum zu einem Saal, in den 150 Personen hineinpassen, umfunktioniert.
- 8) Die Parlamentskantine hat Platz gemacht – und zwar für Lokal 6. Hier finden Ausschusssitzungen, internationale Termine oder Demokratie-Workshops statt.

haltigkeit des Parlamentsgebäudes. Die Dämmung der Außenhülle zur Steigerung der Heizeffizienz, die Installation einer bewegungs- und tageslichtabhängigen Lichtsteuerung sowie der Einbau energieeffizienter Technik waren einige der umgesetzten Maßnahmen. Im Zuge der Sanierung wurde das Gebäude auch an Fernwärme und Fernkälte angebunden und verwendet damit nur zertifizierten Ökostrom. In allen Bereichen wurde auf Screens umgestellt, um den Papierverbrauch zu senken. Nachhaltigkeit wurde aber nicht nur bei der Sanierung berücksichtigt, sondern wird im alltäglichen

Betrieb Tag für Tag gelebt: beim Recycling, bei der Gastronomie und durch Angebote für umweltfreundliche Mobilität für die Bediensteten des Hauses. Am 14. Februar 2023 erhielt das Parlament dafür die Zertifikate „klimaaktiv Gold“ von der Klimaschutzinitiative des Umweltministeriums und „ÖGNB Gold“ von der Österreichischen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (ÖGNB).

Als erstes nationales Parlament EU-weit wurde das österreichische Parlament für seine Anstrengungen im Bereich Nachhaltigkeit mit der EMAS-Zertifizierung belohnt. Es entspricht damit den höchsten EU-Standards für umweltfreundliche und nachhaltige Betriebsführung. EMAS steht

Dauerausstellung zur Sanierung

Im September 2024 wurde die neue Dauerausstellung „Hohes Haus – Hohes Handwerk“ eröffnet, die einen detaillierten Einblick in die Komplexität der fünfjährigen Generalsanierung gibt. Anhand von filmischen Dokumenten und Artefakten wird die Vielfalt der Arbeiten dargestellt. Auch eindrucksvolle Fundstücke wie Bleistiftnotizen von Handwerkern aus ganz Europa, die im 19. Jahrhundert am Bau mitgewirkt hatten, werden gezeigt.

- 9) Im Nationalratssaal gibt es neben der Glaskuppel weitere wichtige Neuerungen: Der Saalboden ist barrierefrei, die Abstände zwischen den Sitzreihen sind breiter und das Rednerpult befindet sich nun auf derselben Höhe wie die Regierungsbank.
- 10) Der Umgang im Dachgeschoss bietet einen Blick auf den Nationalratssaal von oben. Auch vor Ort: die Workshopflächen der Demokratiewerkstatt, das Bildungsangebot des Parlaments für Kinder und Jugendliche.
- 11) Über der Säulenhalle befindet sich das neue Restaurant Kelsen. Das Lokal heißt auch externe Gäste willkommen. Davor befand sich im unausgebauten Dachboden Haustechnik.

für „Eco-Management and Audit Scheme“ und ist das Umweltmanagement-System der Europäischen Union. Im Rahmen von EMAS setzt die Parlamentsdirektion konkrete Maßnahmen im Bereich der Mobilität und Bewusstseinsbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Barrierefreiheit und Inklusion

Als zentraler Ort der Demokratie für alle Menschen in Österreich sind umfassende Barrierefreiheit und Inklusion wesentliche Anliegen des Parlaments. Jede und jeder hat so die Möglichkeit, das Parlament zu besuchen, die neuen Angebote zu erleben und Politik mitzustalten. Die öffent-



9



10



11



lichen Bereiche sind über barrierefreie Aufzugsanlagen erreichbar und mit taktilen Leitsystemen versehen. Bei der Informationsvermittlung wird auf das Zwei-Sinne-Prinzip fokussiert. Die Bediensteten der Parlamentsdirektion sind für den Kontakt

mit Menschen mit Behinderungen geschult. Ein eigenes Barrierefreiheitsteam prüft ständig Neuerungen und adaptiert bestehende Prozesse, auch für Fragen und Anregungen zu diesem Thema ist dies die erste Anlaufstelle.

Das Parlament in neuem Glanz



Das sanierte Parlament öffnet sich auf vielfältige Weise für Besucherinnen und Besucher und bietet zahlreiche Möglichkeiten, Demokratie und Parlamentarismus hautnah zu erleben. Seit der Wiedereröffnung hat sich das Juwel am Ring zu einem wahren Magneten für Besucherinnen und Besucher entwickelt. Von Plenarsitzungen über das Demokratikum, Führungen und Veranstaltungen bis hin zur Recherche in

der Bibliothek: Nach der Sanierung bietet das Parlament noch mehr Möglichkeiten, das Parlament zu entdecken. Das direkt unter der Säulenhalle im Erdgeschoß gelegene Erlebnisareal Demokratikum – Erlebnis Parlament zählt zu den Highlights im wiedereröffneten Parlament. Insgesamt 27 interaktive und multimediale Stationen laden auf rund 1.500 m² zum Mitmachen und Entdecken ein. Die leicht zugänglichen Inhalte richten sich an Personen aller Altersgruppen. Sie erwecken bekannte oder beinah vergessene Geschichten der Demokratieentwicklung zu neuem Leben oder klären über politische Gestaltungsräume in Österreich auf. Auf interaktive Weise erfahren Besucherinnen und Besucher mehr über Beteiligungsmöglichkeiten und darüber, wie Gesetzgebung funktioniert.



Feierliche Eröffnung nach der Sanierung

Die Eröffnungsfeierlichkeiten und die Angelobung des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen füllten das frisch sanierte Gebäude mit neuem Leben. Mit einem Festakt im Bundesversammlungssaal wurde das generalsanierte Parlamentsgebäude am 12. Jänner 2023 feierlich eröffnet. Neben der Spitze der heimischen Politik, allen voran Bundespräsident Alexander Van der Bellen, nahmen zahlreiche Ehrengäste aus dem In- und Ausland am Festakt teil – darunter die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Nachbarstaaten sowie die diplomatischen Corps der

EU-Mitgliedstaaten, des Westbalkans und ausgewählter Partnerstaaten.

Mit den Worten „Wir sind wieder daheim! Das Hohe Haus hat uns wieder. Und wir haben unser Haus wieder“, verlieh Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka seiner großen Freude und Dankbarkeit Ausdruck. Er äußerte den Wunsch, dass „sich alle von der Wirkung des Hauses im politischen Agieren leiten und begleiten lassen“.

Einen kritischen Rückblick auf die politischen Entwicklungen in den letzten Jahren



Chronologie einer Baustelle

gab Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures. Daraus müsse man lernen und eine „grundlegende Sanierung des Vertrauens in die Demokratie“ in die Wege leiten, forderte sie.

An einem so wichtigen Tag solle zudem nicht vergessen werden, dass es im Hohen Haus um das aufmerksame Zuhören gehe, sowie um den Versuch, die Welt auch aus den Augen des anderen zu sehen, mahnte Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer ein.



- ♦ Juli 2014:
einstimmiger Beschluss von Nationalrat und Bundesrat zur nachhaltigen Sanierung des Parlamentsgebäudes (Parlamentsgebäudesanierungsgesetz)
- ♦ August 2014:
Der Entwurf der Bietergemeinschaft **Jabornegg & Pálffy_AXIS** erhält nach einem europaweiten Vergabeverfahren den Zuschlag
- ♦ 2017:
Beginn der Übersiedlung ins nahegelegene Ausweichquartier in der Hofburg und an andere Standorte
- ♦ 2018 bis 2022:
Bauphase – das gesamte Gebäude wird vom Keller bis zum Dach saniert
- ♦ Jänner 2023:
Eröffnung des sanierten Gebäudes und Projektabschluss



Feierliche Angelobung des Bundespräsidenten

Bereits zwei Wochen nach der Eröffnung des sanierten Parlamentsgebäudes, am 26. Jänner 2023, trat die Bundesversammlung zusammen, um die Angelobung des wiedergewählten Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen vorzunehmen.

In seiner Rede betonte Van der Bellen, in einer freien Demokratie dürften Grund- und Freiheitsrechte, Menschenrechte und Minderheitenrechte nicht infrage gestellt werden. Schon im Rückblick auf das dunkelste Kapitel der österreichischen Geschichte, den Nationalsozialismus mit seiner mörderischen Ideologie, müssten alle antidemokratischen und autoritären Tendenzen rechtzeitig und entschlossen gestoppt werden. Gleichzeitig habe die Politik Rahmenbedingungen für eine gute Zukunft zu schaffen, gerade in Anbetracht der Klimakatastrophe.

„Unser oberstes Ziel muss es werden, dass unsere Jugend wieder an eine gute Zukunft glaubt. Dazu muss sie von klein auf Zugang zur besten Bildung haben, die wir als Gesellschaft nur bieten können.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Lebendiges Kunstgeschehen im Hohen Haus

Das Parlament ist nicht nur Schauplatz von politischen Diskursen, sondern auch eines lebendigen Kunst- und Kulturgeschehens, das sich nach der Sanierung noch um einige Facetten reicher präsentiert. In kuratierten Wechselausstellungen präsentiert das Parlament Malerei, Zeichnung und Fotografie von Künstlerinnen und Künstlern aus Österreich. Im sanierten Gebäude entstanden neue Orte der Reflexion und Kontemplation, aber auch der Erinnerung und der Auseinandersetzung mit Geschichte.

Hinzu kommen elf weitere, speziell für den Ort geschaffene Kunstwerke, beispielsweise die acht Spiegelscheiben der Künstlerin Eva Schlegel: Mit einem Durchmesser von 140 Zentimetern hängen sie im Vestibül in einer Höhe von 17 Metern von der Decke und eröffnen durch ihre Spiegelungen neue Perspektiven auf vermeintlich Bekanntes.



Großes Interesse vonseiten der Besucherinnen und Besucher

Nachdem die 100.000. Besucherin – viel früher als erwartet – schon im März 2023 begrüßt worden war, wurde noch vor Jahresende 2023 der nächste Meilenstein erreicht: Am 5. Dezember 2023 betrat die 500.000. Besucherin das Parlamentsgebäude. Mehr als die Hälfte der Gäste nahm an Führungen teil. Darunter – neben der beliebten Architekturführung – etwa an der Kunst-, Bibliotheks- oder Familienführung.

Die Bibliothek bietet seit der Wiedereröffnung noch umfassendere Nutzungsmöglichkeiten. Externe Benutzerinnen und Benutzer können Bücher entleihen, die dafür benötigte Bibliothekskarte ist kostenlos. Weiters wurden die Räume neu gestaltet: Unter anderem wurde die Anzahl an Leseplätzen erhöht und ein themenspezifischer Freihandbereich für besonders relevante Literatur geschaffen.

Im Demokratikum – Erlebnis Parlament werden Demokratie und Parlamentarismus von gestern bis heute lebendig. Das neue Zentrum für Besucherinnen und Besucher ist zu einem der Highlights des Parlamentsbesuchs geworden.

Zahlen, Daten, Fakten

Zeitraum:
Oktober 2019–Oktober 2024

Teilnahme an **Veranstaltungen**
89.042

Teilnahme an **Workshops**
der Demokratiewerkstatt
37.210

Besuche und Teilnahme an **Führungen vor** der Wiedereröffnung
(Oktober 2019–Dezember 2022)
61.280

Besuche und Teilnahme an **Führungen nach** der Wiedereröffnung
(Jänner 2023–Oktober 2024)
951.141

Besuche Gesamt: **1.138.673**

Monatliche Interaktionen an den Medienstationen im Demokratikum
~ **275.000**

221.749 Zutritte sowie **7.644** Entlehnungen und Verlängerungen in der Parlamentsbibliothek (Jänner 2023–September 2024)

Ein Haus – eine Marke

Eine begleitende Informationskampagne und ein einheitlicher optischer Außenauftritt machen das Parlament für die Öffentlichkeit als Marke erlebbar. Im Zuge der Wiedereröffnung hat das Hohe Haus auch neue Kommunikationskanäle etabliert, die sich dynamisch entwickeln.

Die Wiedereröffnung wurde von einer Informationskampagne #OeParl2023 begleitet, die auf allen Kanälen auf das Thema aufmerksam machte. Dabei setzte die Parlamentsdirektion auch auf außergewöhnliche Maßnahmen: Ein Vorbote für die feierliche Wiedereröffnung des Parlaments war beispielsweise die sogenannte Parlamentsstraßenbahn, die unter dem Motto „Parlament eröffnet. empfängt. bewegt.“ auf die Wiedereröffnung des Hohen Hauses aufmerksam machte. Um das Herz der Demokratie stärker ins Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu rücken, war die im Design der Wiedereröffnungskampagne #OeParl2023 gestaltete Straßenbahn vom 15. September 2022 bis zum Tag der Wiedereröffnung auf der Linie 1 unterwegs. Die erste Fahrt unternahmen Schülerinnen und Schüler einer Neuen Mittelschule zusammen mit einem Demokratievermittler des Parlaments.

Informationskampagne #OeParl2023

- ♦ Hohes Medieninteresse: circa **1.550** Treffer im Medienbeobachtungstool EULE, bei einer potenziellen Reichweite von **505 Mio.**
- ♦ Social Media: Posts erzielten z. T. mehr als **6.000** Interaktionen
- ♦ **34.166** Zugriffe auf die Seite [www.parlament.gv.at/
OEPARL2023](http://www.parlament.gv.at/OEPEarl2023)

Die Demokratiemünze

Das historische Kupferdach des Parlaments wurde in origineller Weise wiederverwertet. Die Münze Österreich AG schmolz **1,8 Tonnen** Altkupfer ein und prägte daraus die Demokratiemünze im Wert von 5 Euro, die seit 12. Oktober 2022 im Parlamentsshop und bei der Münze Österreich erhältlich ist.



Während der Gesetzgebungsperiode produzierte Inhalte:

- ♦ **141.731** Fotos, Bilder, Grafiken ...
- ♦ über **550** Videos und Livestreams
- ♦ **254** Sitzungen live übertragen und als VoD bereitgestellt
- ♦ fast **160** Podcasts

Zugriffe auf www.parlament.gv.at:
rund **11,05 Mio. Visits** auf der neu gestalteten Website von Anfang 2023 bis Ende September 2024

Echtzeitinfos aus dem Newsroom

Um eine breite Öffentlichkeit auf die Angebote des sanierten Parlaments aufmerksam zu machen, hat sich die Parlamentsdirektion auch intern neu strukturiert: Nach dem Vorbild von Medienunternehmen entstand im Parlament ein Newsroom, aus dem über das parlamentarische Geschehen berichtet wird – äquidistant und in Echtzeit. Ziel ist es, Informationen rund um das parlamentarische Geschehen möglichst rasch, zielgruppengerecht und crossmedial zu veröffentlichen. Auch in den Sozialen Medien – seit 2024 auch auf TikTok – hält das Parlament über 100.000 Followerinnen und Follower über das aktuelle Geschehen im Haus auf dem Laufenden.



Up to date dank Infoscreens und App

Seit der Sanierung ist das Parlamentsgebäude außerdem mit Infoscreens ausgestattet, die sich in die Corporate Identity des Parlaments einfügen und die Möglichkeiten der internen und externen Kommunikation ergänzen und erweitern. Die Screens dienen dazu, Besucherinnen und Besuchern die Orientierung im Haus zu erleichtern sowie Informationen über das aktuelle Geschehen im Parlament zu vermitteln. Der neue Kommunikationskanal wird mit aktuellen Kampagnen, internen Serviceangeboten, Veranstaltungshighlights und unterhaltsamen Fakten aus dem Parlament bespielt.

Die App „Mein Parlament“ informiert live und aktuell aus dem Hohen Haus. An Plenartagen können die Sitzungen live mitverfolgt und die Liste der Rednerinnen und Redner in Echtzeit angezeigt werden. Push-Benachrichtigungen sowie eine Personen- und Terminsuche bringen das Parlament direkt aufs Smartphone.

(li.) Newsroom der Parlamentsdirektion (v. li.):
Viktoria Nedwed, Amra Durić-Müller,
Patrick Krammer und Ines Haberl

Einheitliches Erscheinungsbild

Mit der Sanierung des Parlaments ging auch eine Überarbeitung des Logos sowie des Corporate Designs des österreichischen Parlaments einher. Das Logo des Parlaments zeigt die Frontansicht des Parlamentsgebäudes. Die Farbgebung des Corporate Designs des Parlaments wurde aus den Farben entwickelt, die der Generalplaner der Sanierung des historischen Parlaments ebendort vorfand. Die Farbpalette folgt demnach der historischen Farbgebung, die Architekt Theophil Hansen für das Parlamentsgebäude vorgesehen hatte, sowie den Farben des für die Sanierung verantwortlichen Generalplaners.

In den vergangenen Jahren zielte die Parlamentsdirektion verstärkt darauf ab, eine klare, einheitliche Corporate Identity für das österreichische Parlament zu entwickeln. Corporate Identity bezeichnet den Gesamtauftritt einer Organisation nach außen hin.

Die „Marke Parlament“, die damit geschaffen wurde, schafft eine Verbindung zwischen den verschiedenen Kommunikationskanälen des Parlaments und garantiert Wiedererkennbarkeit, Orientierung und Identifikation.

Offenes Parlament

Jedes Jahr am 26. Oktober haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, am Tag der offenen Tür hinter die Kulissen der Arbeit im Parlament zu blicken. Bei Führungen durch die Sitzungssäle und Ausschusslokale können Besucherinnen und Besucher erleben, wie es ist, einmal selbst in einer Abgeordnetenbank Platz zu nehmen. An Informationsständen können sich Interessierte mit den Präsidentinnen und Präsidenten des National- und Bundesrates sowie mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern austauschen.

Die Tage der offenen Tür der vergangenen Legislaturperiode boten viel Abwechslung: Während die Veranstaltung 2019 noch im Ausweichquartier in der Hofburg stattfand, musste sie 2020 und 2021 coronabedingt digital abgehalten werden. 2022 führte sie ein letztes Mal in die Hofburg, bis 2023 die lang ersehnten Tage der offenen Tür im neu sanierten Parlamentsgebäude über die Bühne gingen. Der Andrang war groß: Tausende Gäste kamen, um ihr Hohes Haus zu erkunden. Auch die darauffolgenden Tage der offenen Tür im sanierten Parlament boten ein vielfältiges Programm.



← Tag der offenen Tür 2019 im Ausweichquartier in der Hofburg

→ Virtueller Tag der offenen Tür 2020

→ Virtueller Tag der offenen Tür 2021

↓ Tag der offenen Tür 2022 im Ausweichquartier in der Hofburg



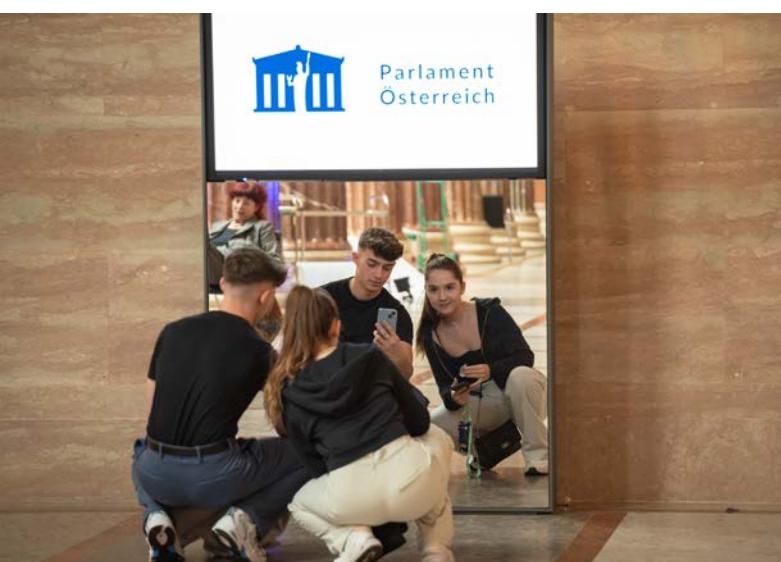




**Wiedereröffnung des sanierten
Parlamentsgebäudes 2023**



Tag der offenen Tür 2023



Veranstaltungen im Parlament



- 1) Auftaktveranstaltung: „Pink Ribbon 2023“
- 2) Gedenkveranstaltung anlässlich des 75. Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau
- 3) Podiumsdiskussion zum Abend der Sustainable Development Goals (SDGs)
- 4) Dialogplattform autochthoner österreichischer Volksgruppen
- 5) Vortrag von José Manuel Barroso
- 6) Podiumsdiskussion anlässlich 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)
- 7) Veranstaltung anlässlich 75 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- 8) Veranstaltung Technology for Future
- 9) Festaltung anlässlich des 75. Jahrestags der konstituierenden National- und Bundesratssitzungen
- 10) Tag der Parlamentsforschung
- 11) Girls' Day 2024





- 12) Podiumsdiskussion anlässlich der Fachtagung „Datenschutz im Bereich der Gesetzgebung“
- 13) Frauengeschichten. Lesung wider die Gewalt
- 14) Generationenparlament
- 15) 50. Internationales Parlamentarier:innen-Fußballturnier
- 16) Eröffnung der Dauerausstellung „Hohes Haus – Hohes Handwerk“
- 17) Open Data Day – Expertenrunde im Rahmen des Datenlehrpfads 2024
- 18) Parlament der Ausgegrenzten
- 19) Festveranstaltung anlässlich des Internationalen Roma-Tages 2024 ROMNJA Kraft.Sor Erinnerung – Wandel – Aufbruch
- 20) Tag der Volksgruppen im Parlament – Kulturbeitrag der tschechischen Volksgruppe
- 21) Demokratie auf der Spur: Escape-Spiel im Parlament
- 22) Parlament baut Zukunft. Übernahme des sanierten Parlamentsgebäudes durch das Parlament



Meilensteine



In der XXVII. Legislaturperiode des Nationalrates blickte das Parlament auf bedeutende Meilensteine der österreichischen Geschichte zurück. Besonders das Jahr 2020 war ein Jahr wichtiger Jubiläen, die trotz der Coronapandemie im Rahmen von Veranstaltungen und Ausstellungen diskutiert und illustriert werden konnten: 25 Jahre Österreich in der EU, 75 Jahre Zweite Republik und 100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz. 2021 stand im Zeichen des Ehrenamts, während 2023 an 75 Jahre

Menschenrechte und damit an ein weiteres richtungsweisendes Ereignis für die Entwicklung der Demokratie erinnert wurde. 2024 jährte sich der Beginn des 1. Weltkriegs zum 110. Mal, was Anlass zu einer Ausstellung in der Säulenhalle bot.



Fundamente – Meilensteine der Republik

20
20



FUNDAMENTE
MEILENSTEINE DER
REPUBLIK

Jubiläumsjahr 2020

Mit Ausstellungen und Informationsveranstaltungen erinnerte das Parlament 2020 an drei zentrale historische Ereignisse, die nicht nur als Meilensteine, sondern gleichsam als Fundamente für die Entwicklung der Demokratie in die österreichische Geschichte eingegangen sind. Zentraler Schauplatz der Reihe „Fundamente – Meilensteine der Republik“ war der Wiener Heldenplatz. Hier wurde eine künstlerische Installation aufgebaut, die im Laufe des Jubiläumsjahres je nach Themenschwerpunkt mit verschiedenen Ausstellungen immer wieder neu inszeniert wurde. Hunderttausende Besucherinnen und Besucher konnten so die Bedeutung der Meilensteine, deren Jubiläen 2020 gefeiert wurden, erleben.

Die Ausstellungen dienten auch dazu, dem Wiener Heldenplatz, der oft mit den Tagen des „Anschlusses“ im März 1938 in Verbindung gebracht wird, eine neue Bedeutung zu geben. Dank Schautafeln, Installationen und Informationsangeboten verwandelte sich der Platz im Herzen Wiens zu einem Platz der Offenheit und Begegnung, in dem Demokratie und Parlamentarismus greifbar wurden.



25 Jahre Österreich in der EU

Am 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei. Vom 1. Jänner bis zum Jahresende 2020 erzählte das Parlament in einer künstlerischen Installation am Heldenplatz über diesen wichtigen Meilenstein in der österreichischen Zeitgeschichte. In der frei zugänglichen Ausstellung wurden Schlaglichter auf die Entwicklung der Europäischen Union geworfen. Das Leitmotiv der Installation beruhte auf den Farben der EU-Mitgliedstaaten: Die Farben der Flaggen dieser Länder wurden – nach ihrer Häufigkeit gewichtet – für die Installation zu einer temporären Fahne komponiert.

Die Installation wurde mit Inhalten von Universitätsprofessor Ernst Bruckmüller und der Historikerin Barbara Schwarz vom Grafiker Alexander Kada gestaltet.



EU-Beitritt Österreichs

Am 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union (damals Europäische Gemeinschaft, EG) bei. Grundlage war der Beschluss des Beitreftsvertrags durch den Nationalrat am 11. November 1994 und den Bundesrat am 17. November 1994. Bereits zuvor, in einer Volksabstimmung am 12. Juni 1994, hatten die Österreicherinnen und Österreicher über den Beitritt abgestimmt. Mit 66,6 % Ja-Stimmen hatte sich eine deutliche Mehrheit für die Mitgliedschaft in der EU ausgesprochen.

Weiterführende Informationen



Informationen über die Europäische Union



Publikation zu 25 Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

75 Jahre Zweite Republik

Aus Anlass des 75. Jahrestags der Gründung der Zweiten Republik am 27. April 2020 und des 65. Jubiläums der Unterzeichnung des Staatsvertrags am 15. Mai desselben Jahres wurde die Ausstellung am Heldenplatz um eine künstlerische Installation zu diesem Thema erweitert.

Die Ausstellung zeigte die eindrucksvolle Entwicklung, die Österreich nach 1945 genommen hat. Sie beleuchtete Hintergründe und Höhepunkte der österreichischen Geschichte von der Gründung der Republik im April 1945 über die Reformen und gesellschaftlichen Veränderungen der 60er- und 70er-Jahre bis hin zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989 ebenso wie jüngste Entwicklungen der vergangenen Jahre.



Die Nationalratswahl 1945

Die ersten Wahlen seit 1930 fanden am 25. November 1945 auf Basis des am 19. Oktober beschlossenen Wahlgesetzes statt (StGBI 198/1945). An diesem Tag wurden nicht nur der Nationalrat, sondern auch die Landtage gewählt, welche die Mitglieder des Bundesrats entsandten. Für die Nationalratswahl stellten ÖVP, SPÖ und KPÖ österreichweit Kandidatinnen und Kandidaten auf. Diese Stimmabgabe wies mehrere Besonderheiten auf: Mehr als 500.000 frühere NSDAP-Mitglieder durften nicht wählen. Aber auch Hunderttausende Soldaten, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden, konnten an dem Urnengang nicht teilnehmen. Daher wurde der erste Nationalrat der Zweiten Republik mehrheitlich von Frauen gewählt. 1945 waren insgesamt 3.449.605 Personen (1930: 4.121.282 Personen) wahlberechtigt, die Wahlbeteiligung betrug 94,3 % (1930: 90,5 %).



Fachdossier des Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienstes der Parlamentsdirektion



100 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz

Mit dem 100-jährigen Bestehen der österreichischen Bundesverfassung feierte ein weiterer Meilenstein im Jahr 2020 ein Jubiläum. Auch diesem Ereignis widmete das Parlament einen Teil der Ausstellung am Heldenplatz.

Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) wurde am 1. Oktober 1920 von der Konstituierenden Nationalversammlung eingesetzt. Es wurde seitdem zwar oft verändert, seine wesentlichen Inhalte sind aber gleich geblieben. Das B-VG zählt damit zu den ältesten Verfassungen der Welt, die heute noch gelten.

Die Ausstellung zu 100 Jahre B-VG hob unter anderem die Entstehung der Verfassung hervor, aber auch die wichtigsten „Bausteine“ des B-VG. Darüber hinaus gibt eine Publikation, die ab Oktober auf der Parlamentswebsite zum Download zur Verfügung steht, Einblicke in die Ausstellungs Inhalte. Auch Führungen zum Thema wurden angeboten.



Entstehung des Bundes-Verfassungsgesetzes 1920

Im Sommer 1920 wurde in der Konstituierenden Nationalversammlung intensiv über eine Verfassung für die junge Republik Österreich verhandelt. Abgeordnete sowie Expertinnen und Experten führten die bereits vorliegenden Entwürfe zusammen und suchten nach Kompromissen. Am 1. Oktober 1920 wurde das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) beschlossen.

Eine umfangreiche Web-Dokumentation, die anlässlich des 100-jährigen Bestehens des B-VG in der Parlamentsdirektion erstellt wurde, zeichnet die Vorgänge bis zur Beschlussfassung am 1. Oktober 1920 nach. Auf diesen Seiten werden Beratungsprotokolle, Verfassungsentwürfe und Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern und Gemeinden in digitaler Form zugänglich gemacht.



Publikation zu 100 Jahre
Bundes-Verfassungsgesetz



Ehrenamt 2021

Freiwilliges Engagement für unsere Gesellschaft ist Österreicherinnen und Österreichern ein besonderes Anliegen: Fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ab 15 Jahren ist ehrenamtlich tätig und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt in der Gemeinschaft. Als Zeichen der Anerkennung dieser Leistung für die Allgemeinheit stellte das Parlament das ehrenamtliche Engagement 2021 in den Mittelpunkt zahlreicher Aktivitäten. Insbesondere während der Coronapandemie hatte sich gezeigt, wie wichtig ehrenamtlicher Einsatz für Österreich ist.



Eine Ausstellung am Heldenplatz zeigte Menschen aus den verschiedensten Bereichen, die in Österreich ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen. Ihre Gesichter und Emotionen standen im Fokus der Ausstellung. Ihre Geschichten wurden um Zitate von Parlamentarierinnen und Parlamentariern ergänzt, die ihre persönlichen Gedanken zum Thema Ehrenamt teilten.



75 Jahre Menschenrechte

Am 10. Dezember 2023 jährte sich die Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen zum 75. Mal. Das Parlament nahm dieses Jubiläum zum Anlass, um auf Erfolge, Herausforderungen und Entwicklungen in diesem Bereich aufmerksam zu machen.

Um die Bedeutung der Menschenrechte für eine starke Demokratie sichtbar zu

machen, ließ die österreichische Künstlerin Victoria Coeln die Fassade des Parlaments an ausgewählten Tagen im „Licht der Menschenrechte“ erstrahlen.

Auf der Website des Parlaments wurden anlässlich des Jubiläums Ein- und Ausblicke zur aktuellen Lage der Menschenrechte veröffentlicht. Dabei kamen Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft zu Wort.





Red Wednesday, 15. November 2023

Das Parlament Österreich zeigt sich solidarisch mit allen, die aufgrund ihres Glaubens Opfer von Diskriminierung oder Gewalt werden. Im Rahmen der Aktion #RedWednesday zeichnete das entsprechende Rot des Aktionstages den Portikus des Parlaments neu.



Orange the World, 25. November 2023

Das Parlament unterstützt seit Jahren die UN-Kampagne gegen Gewalt an Frauen. Ein leuchtendes Orange signalisierte dies von 25.-29. November 2023.



Purple Light Up, 3. Dezember 2023

Das Parlament trägt durch die Teilnahme an der globalen Kampagne #PurpleLightUp rund um den 3. Dezember dazu bei, die Rechte und Anliegen von Menschen mit Behinderungen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Daher wurde das Parlament am 30. November und von 2. bis 4. Dezember 2023 violett beleuchtet.



75. Jahrestag der Menschenrechte,

10. Dezember 2023

Von 5. bis 12. Dezember, also rund um den 75. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember, sowie von 10. bis 14. und von 17. bis 21. Jänner 2024 unterstrich die Gestaltung mit dem Leitmotiv der Lichtraster und Regenbogenlinien den verbindenden Charakter der Menschenrechte.

We Remember, 27. Jänner 2024

Der 27. Jänner ist jener Tag, an dem 1945 die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau befreit wurden. Das Lichtkunstwerk nahm von 24. bis 28. Jänner 2024 darauf Bezug.



Publikation

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde die Broschüre „**Unsere Rechte. Grund- und Freiheitsrechte in Österreich**“ neu aufgelegt. Anhand einfach verständlicher Fragestellungen wie „Wer entscheidet über meine Rechte?“, „Sind wir alle gleich?“ oder „Was können wir schon machen?“ nähert sich die Broschüre den Grund- und Freiheitsrechten in Österreich an.

Das Parlament für Kinder und Jugendliche

Eine der wichtigsten Aufgaben des Parlaments, zu denen es sich seit vielen Jahren verpflichtet hat, ist die Demokratiebildung. Zahlreiche Bildungsangebote tragen dazu bei, jungen Menschen Demokratie näherzubringen und sie für ein demokratisches Miteinander in alltäglichen Lebenssituationen zu sensibilisieren.

Ergänzend zu den bewährten Angeboten – dazu gehören die Demokratiewerkstatt sowie das Jugend- und Lehrlingsparlament – setzt das Parlament immer wieder neue Schwerpunkte, die sich an Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen richten. Zu den Highlights der letzten Legislaturperiode zählen das erweiterte Angebot für Kinder und Jugendliche im neu sanierten Parlament und der Ausbau der Workshops, aber auch die Wanderausstellung „Parlament on Tour“, die seit 2023 auf Reisen durch alle neun Bundesländer geht und über das Parlament und Demokratie informiert.

Demokratiewerkstatt

Seit 2007 gibt es bereits die Demokratiewerkstatt des Parlaments, in der sich junge Menschen von 8 bis 19 Jahren interaktiv mit den Themen Demokratie, Parlamentarismus und Verfassung auseinandersetzen können.

Die Demokratiewerkstatt versteht sich als unterrichtsergänzendes Angebot und deckt mit verschiedenen Schwerpunkten unterschiedliche Interessen altersgruppengerecht ab.





Diese Werkstätten werden im Regelbetrieb angeboten:

- ◆ **Werkstatt Parlament:**
Der Weg eines Gesetzes
- ◆ **Werkstatt Medien:**
Wie informiere ich mich?
- ◆ **Werkstatt Politiker:innen:**
Wer vertritt mich im Parlament?
- ◆ **Werkstatt Partizipation:**
Meine Meinung zählt!
- ◆ **Werkstatt Zeitreise:**
Die Republik erforschen
- ◆ **Werkstatt Europa:**
Die Europäische Union kennenlernen
- ◆ **Werkstatt Neue Medien:**
Meine Rolle und Verantwortung

In den vergangenen fünf Jahren nahmen **37.210** Jugendliche an den Workshops teil.

Demokratiewerkstatt International

Die Demokratiewerkstatt ist darüber hinaus ein Anknüpfungspunkt nach außen: Seit mehreren Jahren ist das Interesse anderer europäischer Parlamente auf das Angebot der Demokratiewerkstatt gerichtet.

Jugendparlament, Lehrlingsparlament und Lehrlingsforum

Beim Jugendparlament erhalten Schulklassen der 9. Schulstufe aller Schultypen die Möglichkeit, einen Tag lang selbst die Rolle einer bzw. eines Abgeordneten zum Nationalrat einzunehmen. Dabei können sie eine fiktive Gesetzesvorlage erarbeiten und selbst mit Politikerinnen und Politikern diskutieren.

Auch das Lehrlingsparlament lädt junge Menschen dazu ein, den Gesetzgebungsprozess direkt am Schauplatz Parlament zu erleben. Zwei Tage lang diskutieren sie über aktuelle Themen, halten fiktive Ausschusssitzungen ab und stimmen in der Plenarsitzung über fiktive Gesetzesvorschläge ab.

Das Lehrlingsforum vermittelt in einem themenspezifischen Workshop Lehrlingen ab 15 Jahren Inhalte aus den Bereichen Politik, Demokratie und Europäische Union. Dabei soll vermittelt werden, dass Politik und Demokratie sehr alltäglich sind und viele Möglichkeiten der Beteiligung bieten.



Virtuelle Angebote

Die Workshops zu Demokratie und Parlamentarismus, die direkt am Ort der Gesetzgebung vonstatten gehen, werden durch eine Vielzahl an virtuellen Angeboten ergänzt. Die meisten Workshops sind sowohl in Präsenz als auch online verfügbar.

Mit der DemokratieWEBstatt, einem Informationsportal für Kinder und Jugendliche von acht bis 14 Jahren, steht ein zusätzliches virtuelles Angebot zur Verfügung. Die Inhalte sind altersgerecht aufbereitet und bieten den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, aktiv ihre Ideen und Meinungen einzubringen. In Chats mit Politikerinnen und Politikern können Schulklassen ihre Fragen an Parlamentarierinnen und Parlamentarier richten.

Dank des breiten virtuellen Angebots konnte das Demokratiebildungsprogramm des Parlaments auch während der Corona-pandemie fortgesetzt werden. Neu ist, dass die Angebote auch barrierefrei verfügbar sind.

Demokratiewebstatt in der XXVII. GP

- ♦ Über 3 Millionen Zugriffe auf der DemokratieWEBstatt
- ♦ Rund 5,9 Mio. Seitenansichten und insgesamt 6,1 Mio. verbuchte Interaktionen
- ♦ Mehr als 200.000 Downloads von Materialien
- ♦ Besuche aus ganz Europa, vorwiegend Österreich und Deutschland (aber auch USA, Vereinigtes Königreich, Schweiz ...)



Demokratiebildung im sanierten Parlament

Das sanierte Parlamentsgebäude bietet noch mehr Möglichkeiten, um Demokratie und Parlamentarismus für Kinder und Jugendliche greifbar zu machen. Im Demokratikum – Erlebnis Parlament gibt es zu vielen Themenbereichen Angebote, die sich an Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen richten. Die Angebote sind nicht nur kostenlos, sondern auch barrierefrei zugänglich. Die neuen Räumlichkeiten des Parlaments bieten auch mehr

Platz für die verschiedenen Workshops: Seit der Inbetriebnahme des neuen Hauses ist die Demokratiewerkstatt im neuen Plenarum – mit Ausblick in den Sitzungssaal des Nationalrates – mit zwei Workshopräumen verortet. So kann das in den Workshops Erlernte mit direktem Blick in den Sitzungssaal noch während der Workshops visualisiert werden, was die im Workshop gemachten Erfahrungen weiter verstärkt.



Auch das Führungsangebot im wiedereröffneten Parlament ist nach Altersgruppen gegliedert. Es gibt eigene Formate für Volksschulkinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Lehrlinge. Kernthemen der Führungen sind – je nach Zielgruppe – die Vermittlung von Demokratie und Parlamentarismus, Wahlen und andere Formen der Beteiligung.

Demokratie auf der Spur: Erstes Escape-Spiel im Parlament

Ein Highlight der Legislaturperiode war das erste Escape-Spiel im Parlament, das auf Einladung der Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures am 5. September 2024 stattfand. Mehr als 60 Erstwählerinnen und Erstwähler begaben sich bei einer Rätselrallye durch das Parlament auf die Suche nach der Bedeutung von Demokratie.



Mobiles Parlament

Nicht nur im Parlament selbst und im digitalen Web wird Demokratie vermittelt: Das Parlament geht auch auf Reisen, um in verschiedenen Formaten Menschen unterschiedlicher Altersgruppen Demokratie und Parlamentarismus näherzubringen.

Das Parlament kommt zu dir

Die mobilen Workshops von Parlament on Tour bringen Wissen ins Klassenzimmer und informieren Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge und Kinder im Vorschulalter über Demokratie und Parlamentarismus. Es werden auch Workshops zur Sensibilisierung für Themen wie Rassismus und Antisemitismus angeboten.

Workshops für die Kleinsten

Das Parlament bietet auch Workshops in Kindergärten an. Anhand von Geschichten,

Liedern, Tänzen und Abstimmungen über für sie wichtige Themen lernen die Kinder, was Demokratie bedeutet. Die Leiterinnen und Leiter der Workshops bringen den Kindern mit Unterstützung der Maskottchen Polli, Hans und Theo Demokratie auf spielerische Weise näher.

Parlament on Tour

Seit Jänner 2023 gibt es die interaktive Wanderausstellung des Parlaments, Parlament on Tour, die nunmehr bereits zum zweiten Mal durch Österreich unterwegs ist. Die Ausstellung spiegelt Inhalte des neuen Besucherzentrums im Parlament wider und soll zu einem Besuch im Parlament anregen.

In den Jahren 2023 und 2024 wurde die Ausstellung von rund 30.000 Interessierten besucht. Zu den Besuchergruppen zählen insbesondere auch Schulklassen.







Zukunft braucht Erinnerung

Die Weitergabe des historischen Gedächtnisses, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und ein klares Bekenntnis zum Niemals vergessen und Niemals wieder sind zentrale Anliegen des österreichischen Parlaments. Mit einer Reihe von Initiativen treibt das österreichische Parlament daher die Aufarbeitung der Geschichte und vor allem den Kampf gegen Antisemitismus voran. Neben der Etablierung des Simon-Wiesenthal-Preises, dem Begehen jährlicher Gedenktage und einer Antisemitismusstudie, die alle zwei Jahre wiederholt wird, setzt das Parlament vor allem auch auf Bildungsmaßnahmen für Jugendliche wie zum Beispiel die Demokratiewerkstatt.

Gedenkkultur im Hohen Haus

Mit dem Erinnern an die schrecklichsten Zeiten des 20. Jahrhunderts will das österreichische Parlament in verschiedenen Veranstaltungsformaten das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus wahren, Lehren aus der Vergangenheit ziehen und sich bewusst mit diskriminierenden und antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinandersetzen.

Nie wieder ist jetzt

Gedenkkultur ist das Fundament einer kritischen und bewussten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sowie die Basis für einen verantwortungsvollen Umgang mit der eigenen Geschichte. Gedenkkultur ist aber auch identitätsstiftend und soll das gesellschaftliche Bewusstsein für jegliche Formen von Gewalt und Diskriminierung schärfen und gleichzeitig den Wert einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft hervorheben. Nie wieder ist jetzt – vor allem, wenn es um den Kampf gegen Antisemitismus, Hass und Ausgrenzung jeder Art geht.

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus 2021

Seit 1998 begeht das österreichische Parlament rund um den 5. Mai (in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen) den Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus.

2020 und 2021 konnte die Veranstaltung aufgrund der Coronapandemie nur in kleinem Kreis als Sonderpräsidiale stattfinden.



Beide Male war es möglich, über einen Stream Gespräche mit Expertinnen und Experten sowie Reden online zu verfolgen. 2022 widmete sich der Gedenktag erstmals dem KZ-Nebenlager Gusen und ging der Frage „Gedenken als erinnernder Mahnruf“ nach. Die Keynote hielt Monika Schwarz-Friesel, Professorin für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin, Ausschnitte aus dem Stück „Hanni – Von der kleinen Leute Größe“, die in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen vorab aufgezeichnet wurden, ergänzten

das Programm. Ein Jahr später wurde am Gedenktag das breite Beteiligungsprojekt zur Erweiterung der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen KZ-Nebenlagers Gusen erläutert und diskutiert, junge Kulturvermittlerinnen und -vermittler lasen aus bewegenden Texten. Was Gedenken heute bedeutet und an welche Orte es gebunden ist, wurde 2024 erörtert – einmal mehr war Monika Schwarz-Friesel eingeladen, in ihrer Keynote über aktuelle Phänomene zu sprechen.



Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (v. li.) Eidel Malowicki vom Projekt LIKRAT, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück, Moderatorin Rebekka Salzer, Fotograf Luigi Toscano (Gegen das Vergessen) und Zeithistorikerin Linda Erker



Internationaler Holocaustgedenktag

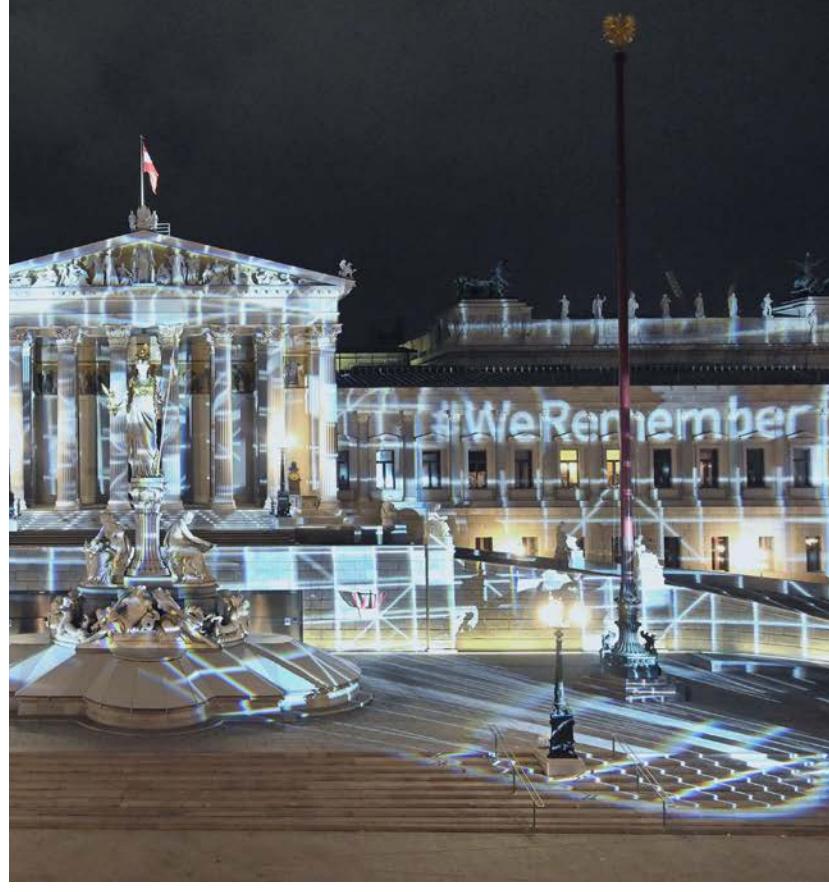
Am 27. Jänner 1945 wurden die Überlebenden des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit, in Erinnerung daran ist der Tag heute der Internationale Holocaustgedenktag. Auch das österreichische Parlament nutzt diesen Tag, um die Wichtigkeit einer lebendigen Gedenk- und Erinnerungskultur zu unterstreichen.

2020 sprach Martha Keil, die Leiterin des Instituts für Jüdische Geschichte in Sankt Pölten, über die Gedanken zu „Befreiung“ und „Vermittlung“ im Kontext, bewegende Werke von vier in Auschwitz ermordeten Komponisten umrahmten die Veranstaltung. 2021 und 2022 fanden aufgrund der Coronapandemie virtuelle Podiumsdiskussionen mit hochrangigen Gästen statt, darunter Philosoph und Publizist Michel Friedman oder Schriftstellerin Jennifer Teege, die Enkelin des KZ-Kommandanten Amon Göth. 2024 wurde anlässlich des Internationalen Holocaustgedenktages die Ausstellung Kaddisch, eine beeindruckende Installation der Künstler Oskar Stocker und Luis Rivera, eröffnet.

(li.) Kunstinstallation Kaddisch von Oskar Stocker und Luis Rivera in der Säulenhalle

Teilnahme an der Kampagne #WeRemember

Seit 2021 nimmt das Parlament an der digitalen weltweiten Gedenkkampagne #WeRemember teil, die vom World Jewish Congress (WJC) und der UNESCO ins Leben gerufen wurde. #WeRemember soll Bewusstsein für die Bedeutung von Erinnerungskultur für die Gegenwart schaffen. Im Namen der Opfer des Nationalsozialismus wird die Stimme erhoben, um vor gefährlichen Entwicklungen in der Gesellschaft zu warnen. Die Mitglieder von National- und Bundesrat beteiligen sich jeweils rund um den Internationalen Holocaustgedenktag am 27. Jänner (in Erinnerung an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau an diesem Tag im Jahr 1945).



Österreichische Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Die neu gestaltete österreichische Ausstellung an der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau wurde am 4. Oktober 2021 feierlich eröffnet. Die Gedenkfeier fand auf Einladung des Vorsitzenden des Kuratoriums des Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, und des Direktors des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Piotr M. A. Cywiński, statt. An der Gedenkfeier nahmen auch Überlebende und Nachkommen von Häftlingen des Konzentrationslagers teil, unter ihnen Marian Turski, einer der letzten Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz und Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees. Von Seiten des offiziellen Österreichs waren Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Bundesratspräsident Peter Ragg, Außenminister Alexander Schallenberg, Europaministerin Karoline Edtstadler, Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein, Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer sowie der Tiroler Landeshauptmann und Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz Günther Platter nach Polen gereist.

Im März 1978 wurde im sogenannten Block 17 des ehemaligen Konzentrations-



und Vernichtungslagers und nunmehrigen Staatsmuseums Auschwitz-Birkenau erstmals der österreichische Beitrag zu den Länderausstellungen an der Gedenkstätte eröffnet. Damals sah sich Österreich, entgegen dem heutigen Geschichtsbild, noch als „Erstes Opfer des Nationalsozialismus“. Die Mittäterschaft wurde weitgehend ausgeblendet.

Die neue, historisch überarbeitete Österreichausstellung widmet sich neben dem Schicksal der österreichischen Opfer in Auschwitz und dem Widerstand von österreichischen Häftlingen im Konzentrationslager auch der Involvierung von Österreichern und Österreichern als Täterinnen und Täter sowie Helferinnen und Helfer in die dort begangenen Verbrechen. Der Titel „Entfernung“ steht dabei nicht nur für die geografische Distanz zwischen Österreich und Auschwitz, sondern vor allem für die Entfernung der nach Auschwitz deportierten Menschen – aus Österreich und aus dem Leben. Mit der Neugestaltung der Ausstellung war der beim österreichischen Parlament angesiedelte Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus beauftragt. Das Konzept der Ausstellung stammt von einem wissenschaftlich-kuratorischen Team um Hannes Sulzenbacher und Albert Lichtblau und dem Architekten Martin Kohlbauer.

Weitere Schwerpunkte und Veranstaltungen

Über regelmäßig stattfindende Gedenktage hinaus widmet sich das österreichische Parlament seiner Verantwortung im Bereich der Gedenk- und Erinnerungskultur.

Der Prozess der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Gusen wurde umfassend von Informationen und Beiträgen im Rahmen von Gedenktagen gegen Gewalt und Rassismus sowie bei eigenen Informationsveranstaltungen begleitet. An das Ende der parlamentarischen Demokratie in Österreich im März 1933 wurde im Rahmen von Diskussionen mit Schulgruppen und Medienexpertinnen und -experten erinnert.

Der Internationale Tag der Romnja/Roma wird ebenfalls regelmäßig begangen, Ende 2023 wurde eine eigene Ausstellung zur Sprache Romanes anlässlich des Tages der Volksgruppen im Parlament eröffnet. Gäste wie Zikaron BaSalon präsentierten ihre Arbeit im Hohen Haus. 30 Jahre Gedenkdienst in Österreich wurde ebenso im Parlament gefeiert wie der Anlass 20 Jahre Österreichische Freunde von Yad Vashem.

Aktive Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements

Simon-Wiesenthal-Preis

2021 kam es zur erstmaligen Ausschreibung des Simon-Wiesenthal-Preises, der auf Initiative von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und nach Beschluss im Nationalrat künftig jährlich vergeben wird. Der Simon-Wiesenthal-Preis wird als Zeichen der Verantwortung Österreichs im Kampf gegen den Antisemitismus vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus für besonderes zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und in der Aufklärung über den Holocaust an bis zu drei Personen oder Personengruppen vergeben. Er ist pro Jahr mit insgesamt 30.000 Euro dotiert.

Weitere Informationen:
www.wiesenthalpreis.at



2021

Hauptpreis:

**Lily Ebert (†), Zwi Nigal (†),
Karl Pfeifer (†), Liliana Segre**

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement für Aufklärung über den Holocaust:

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus:
Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus



Simon Wiesenthal

Simon Wiesenthal (1908–2005) hat wie kaum ein anderer die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus weltweit geprägt. Vom Tag seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Mauthausen an machte er es sich zur Lebensaufgabe, an die Opfer des Naziterrors zu erinnern. Der Simon-Wiesenthal-Preis des österreichischen Parlaments soll das Andenken an den Architekten, Publizisten und Schriftsteller Simon Wiesenthal ehren.

2022

Hauptpreis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und für Aufklärung über den Holocaust:
Zikaron BaSalon

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement für Aufklärung über den Holocaust:
Waltraud Barton

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus:
Mohammed S. Dajani Daoudi

2023

Hauptpreis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus und für Aufklärung über den Holocaust:
Likrat

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement für Aufklärung über den Holocaust:
Centropa

Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus:
Asociación Cultural Mota de Judíos

Tacheles reden. Antisemitismus – Gefahr für die Demokratie

Die Ausstellung „Tacheles reden. Antisemitismus – Gefahr für die Demokratie“ wurde im Zuge der Sanierung des historischen Parlamentsgebäudes als Dauerausstellung in der Parlamentsbibliothek eingerichtet. Sie beleuchtet die Geschichte des Judenhasses in Österreich ebenso wie die aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Shoah und der Bedeutung des Gedenkens daran für den Umgang mit Antisemitismus. Im März 2024 wurde die Ausstellung in Kooperation mit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem nochmals um Module zu jüdischem Leben in Österreich erweitert.

Neuer Workshop in der Demokratiewerkstatt

Unter dem Titel „Tacheles reden. Verstehen verbindet“ wird in einem vierstündigen Workshop in der Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments Bewusstsein für die Gefahren des Antisemitismus in der Gesellschaft und der Demokratie geschärft und ermutigt, gegen diese Tendenzen aufzustehen. Teil des Workshops ist auch ein Besuch der Dauerausstellung in der Parlamentsbibliothek. Das Angebot richtet sich an Jugendliche ab der neunten Schulstufe und wurde 2024 implementiert.



1914 - 2024 | 110 Jahre

Beginn des Ersten Weltkrieges

Ein besonderer Schwerpunkt wurde anlässlich der Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges gesetzt. Arnold Suppan, ehemaliger Universitätsprofessor und Vizepräsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), stellte in einer von ihm kuratierten Ausstellung in der Säulenhalle detailliert die Anfänge des Weltkrieges, das Leid für Soldaten und Zivilbevölkerung und die Abläufe, die schlussendlich zum Zerfall der Habsburgermonarchie führten, dar. Exponate und Bilder steuerten das Österreichische Staatsarchiv und das Heeresgeschichtliche Museum Wien bei. Ein umfangreicher Katalog begleitete die Schau, die auf großes Interesse stieß und aufgrund des Erfolges direkt von der ÖAW übernommen und dort in der Aula gezeigt wurde.

Antisemitismuskonferenz

Im Rahmen einer großen Antisemitis-muskonferenz im September 2024 in Wien setzte das Parlament einen weiteren Schwerpunkt auf den Kampf gegen Antisemitismus und Hass im Alltag. Eine detaillierte Nachlese finden Sie auf S. 102.



Die innenpolitische Auflösung der Habsburgermonarchie

Laut den Volkszählungen in Österreich, Ungarn und Bosnien-Herzegowina 1910 gibt es nach der Umgangssprache, Muttertonge folgende Nationalitäten: zwölf Millionen Deutsche, zehn Millionen Magyaren, 4,5 Millionen Tschechen, fünf Millionen Polen, vier Millionen Kroaten (Ungarische), 3,2 Millionen Rumänen, 2,9 Millionen Kroaten, zwei Millionen Serben, zwei Millionen Slowaken, 1,35 Millionen Slowenen, 800.000 Italiener und 600.000 bosnisch-herzegowinische Muslimen.

In seinem Manifest vom 16. Oktober 1918 kündigt Kaiser Karl die Umwandlung Österreich-Ungarns in einen Bundesstaat an, „in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatsliches Gemeinwesen hält“. Diese Neugestaltung soll jedoch die Integrität der Länder der Heiligen ungarischen Krone in keiner Weise berühren.

Da weder Kaiser Karl noch das Armeoberkommando noch das Kriegsministerium ein letztes Geflecht zwischen den Truppen im Hinterland und den nationalen Demonstranten wollen, erlässt das k. u. k. Kriegsministerium am 28. Oktober 1918 eine Weisung an alle 16 Militärfürstentümer, „mit den National-Räten ihres Bereiches zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Zwecke der Verpflegung der Truppen im Bedarfsfalle in Verbindung zu treten“.

Am 28. Oktober 1918 erfolgt der politische Umsturz in Prag, am 29. Oktober in Zagreb, am 30. Oktober in Wien und am 31. Oktober in Budapest. Innerhalb von vier Tagen bilden sich vier neue Nationalstaaten auf dem Boden der Habsburgermonarchie.



Das österreichische P im Ersten Weltkrieg

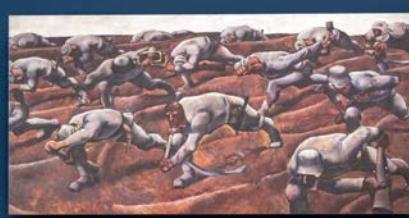
Am 30. Mai 1917 beruft Kaiser Karl den Kriegsausbruch im März 1914 vertragten Deutschen Reichstag wieder ein. Aufgrund der Reichsgründung 1911 sind in ihm 232 deutscher, 108 tschechische, 83 polnische, 37 südtiroler, 31 ukrainische, 19 italienische, fünf rumänische und ein zionistischer Abgeordneter.

Die stärksten Fraktionen sind der Deutsche Verband, die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten, der Tschechische Verband und der Polen.



Die Schrecken

Unter den 9,5 Millionen Militärtoten des Ersten Weltkriegs befinden sich 1,9 Millionen Deutsche, 1,8 Millionen Russen, Ukrainer, Weißrussen, Finnen, Balten, Tataren und Kaukaser, 1,4 Millionen Franzosen (einschließlich Marokkaner, Algerier, Tunesier und Senegalese), 1,2 Millionen habsburgische Soldaten (Deutschösterreich, Magyaren, Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainer, Rumänen, Serben, Kroaten, Bosniaken, Slowenen und Montenegriner), 915.000 Briten (einschließlich Kanadier, Australier, Neuseeländer und Südafrikaner), 800.000 Osmanen (Türken, Kurden, Araber), 680.000 Italiener, 340.000 Rumänen, 250.000 Serben, 125.000 US-Amerikaner und 100.000 Bulgaren; darüber hinaus gibt es etwa 6,5 Millionen Ziviltote und mehr als 21 Millionen Kriegsverwundete, davon 3,6 Millionen Soldaten der k. u. k. Armee.



#MehralseinKreuzer!

Im Wahljahr 2024 setzte die Parlamentsdirektion zahlreiche Maßnahmen, um auf die Bedeutung von Wahlen und Partizipation hinzuweisen und zur Wahlbeteiligung anzuregen.

Im Jahr 2024 fanden Wahlen auf allen für Österreich politisch und gesellschaftlich relevanten Ebenen statt. Höhepunkte waren die EU-Wahl am 9. Juni und die Nationalratswahl am 29. September 2024. Auch die Informationskampagne der Parlamentsdirektion stand daher im Zeichen der Beteiligung: Der Titel der Kampagne #MehralseinKreuzer! leitet sich vom Kreuzerl ab, das die Wählerinnen und Wähler am Wahltag auf dem Stimmzettel machen.





Mit einer Multichannel-Informationskampagne, die beispielsweise Printprodukte, Veranstaltungen, Ausstellungen und digitale Maßnahmen umfasste, sollten Bürgerinnen und Bürger aller Bundesländer dazu motiviert werden, mit ihrem Kreuzerl von ihrem demokratischen Recht auf Mitsprache Gebrauch zu machen und damit auch „Ja“ zur Demokratie zu sagen.

Die Maßnahmen im Überblick

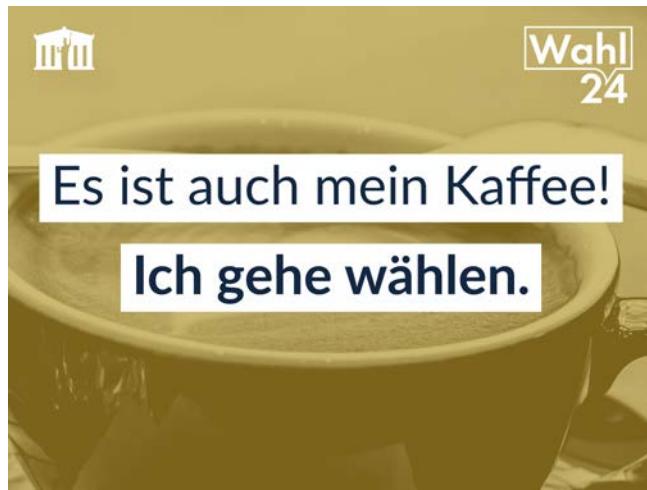
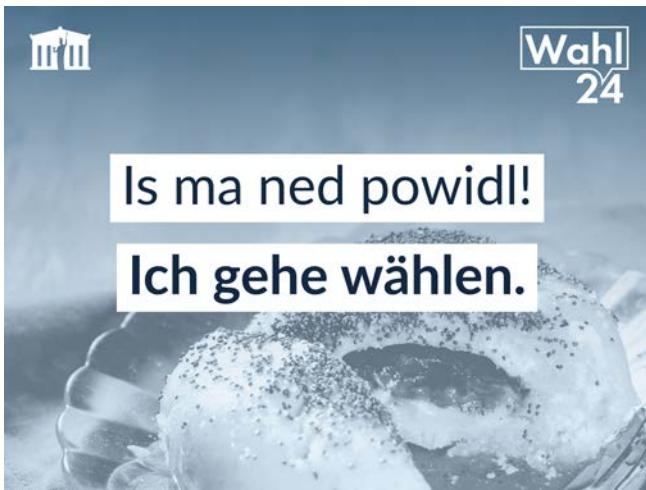
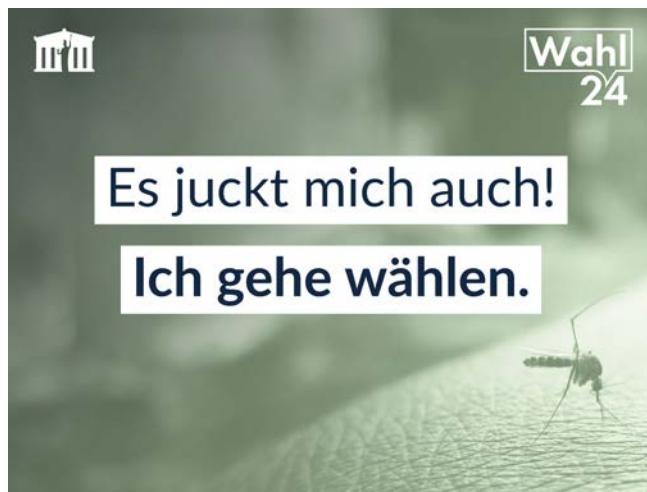
- ♦ Digitale Informationskampagne in ganz Österreich
- ♦ Landingpage zur Kampagne auf parlament.gv.at/mehralseinkreuzerl
- ♦ Plakatkampagne im und um das Parlament
- ♦ Broschüre mit praktischen Infos für Erstwählerinnen und Erstwähler
- ♦ Infotainment auf den Infoscreens im Parlamentsgebäude
- ♦ Diskussions- und Erklärformat mit Schülerinnen und Schülern im Nationalratssaal
- ♦ Ausstellung zur EU-Wahl im Demokratikum – Erlebnis Parlament
- ♦ Plakat zur EU-Wahl am Portikus
- ♦ Social-Media-Kampagne mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- ♦ Videos und Podcasts zum Thema Wählen

Breite Inhouse-Expertise

Zwei Sujetlinien sollten die Vielfalt der Demokratie in unserem Land verdeutlichen und mit einem Augenzwinkern niederschwellig auf die Bedeutung von Mitbestimmung hinweisen. Sowohl die strategische Konzeption der Kampagne als auch die grafische Gestaltung sämtlicher Kampagnenelemente erfolgten in der Abteilung 4.2. Die Umsetzung erfolgte im Austausch zwischen den Fachabteilungen des Dienstes 4 – Kommunikation sowie des Dienstes 5 – Demokratikum.

Zahlen zur Wahlkampagne

- ♦ über **1 Mio. Impressionen** auf Instagram, Facebook und TikTok
- ♦ rund **21.500 Interaktionen** zu Beiträgen auf Social Media
- ♦ rund **24.000 Erstwählerfolder** verteilt
- ♦ **360** Schülerinnen und Schüler beim Diskussions- und Erklärformat im Parlament (rund **1.200** Zuschauerinnen und Zuschauer via Livestream)
- ♦ **9.400 Pageviews** auf der Landingpage von #MehralseinKreuzerl



Shadowgram – Beteiligung wirkt

Den Höhepunkt der Jahreskampagne bildete ein Partizipationsprojekt in Kooperation mit dem Ars Electronica Futurelab. Dabei wurden Schattenbilder auf LED-Paneelen ausgespielt, welche an den Säulen des Portikus am Parlamentsgebäude befestigt waren.

Die Installation nutzte die Metapher des Schattens, um die Merkmale von Demokratie einfach und verständlich zu erklären. Der Schatten bietet ein gewisses Maß an Anonymität (anonyme Wahlen). Mit ihren Schatten können die Bürgerinnen und Bürger dem Parlament eine persönliche Note verleihen. Am Parlament, wo das Herz unserer Demokratie schlägt, finden die Schattenbilder durch die Beteiligung unterschiedlichster Menschen zu einer vielfältigen Gemeinschaft zusammen.

Gleichzeitig regt die Installation zur Beschäftigung mit Demokratie an, indem sie acht Themen für die Erstellung der Schattenbilder vorgibt: Begriffe wie „Zusammenhalt“, „Kompromiss“ und „Respekt“ sind gleichsam Säulen der Demokratie und für das Gelingen demokratischer Prozesse essenziell. Sie erfordern das Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger.





Insgesamt waren rund **1.200** Shadowgramme von beteiligten Bürgerinnen und Bürgern auf der Fassade des Parlaments zu sehen.

Weitere Informationen finden Sie im Podcast Rund ums Parlament:



Folge 16



Folge 17

Wahlberichterstattung 2024: Medienzentrum im Parlament

Am Tag der Nationalratswahl wurde das Parlament zum Zentrum der Wahlberichterstattung. Räumlichkeiten des Parlaments wurden dafür in TV-Studios und Medienarbeitsplätze umgewandelt. Insgesamt neun Fernsehstudios und rund 600 akkreditierte Medienvertreterinnen und -vertreter aus 25 Ländern, darunter etwa die USA, Japan oder Ägypten, und natürlich viele EU-Länder, waren im Medienzentrum aktiv.

Parlamentarische Diplomatie





Das österreichische Parlament und seine Mitglieder sind auf vielfältige Weise auf europäischer und internationaler Ebene vernetzt und nutzen unterschiedliche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Austauschs. So übt das Parlament nicht nur Kontroll- und Mitwirkungsrechte innerhalb der Europäischen Union aus, die

sogenannte Parlamentarische Diplomatie reicht von parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen über mannigfaltige bi- und multilaterale Kontakte, Wahlbeobachtungsmissionen bis hin zu parlamentarischen Kooperationen mit anderen Ländern.

Größter Erfolg der österreichischen parlamentarischen Diplomatie der vergangenen Gesetzgebungsperiode war die Ausrichtung der 5. IPU-Weltkonferenz in Wien. Erstmals war ein Parlament Gastgeber dieser hochrangigen internationalen Veranstaltung.

Weltkonferenz der Inter-parlamentarischen Union (IPU)

Mit der 5. IPU-Weltkonferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten fand von 6. bis 8. September 2021 in Wien ein internationales Großereignis statt. Für das österreichische Parlament war es eine große Ehre, als erstes nationales Parlament Gastgeber dieser Konferenz zu sein. Im Zentrum der Gespräche stand der parlamentarische Dialog zur Schaffung eines effektiven Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für Mensch und Planet sicherstellen soll.

Veranstaltet wurde das Welttreffen vom österreichischen Parlament in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union und den Vereinten Nationen, Ausstragungsort war das Austria Center Vienna.

Virtuelle 5. IPU-Weltkonferenz 2020

Pandemiebedingt wurde der erste Teil der 5. IPU-Weltkonferenz bereits am 19. und 20. August 2020 als virtuelles Format abgehalten. Über 115 der weltweit führenden gesetzgebenden Institutionen nahmen an dieser virtuellen Konferenz unter dem Thema „Parlamentarische Führung für einen effektiveren Multila-



(v. o.) Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und damalige Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler beim virtuellen 13. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen 2020 | Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Nationalratsabgeordneter Reinhold Lopatka bei der virtuellen IPU-Weltkonferenz 2020 | IPU-Präsident Duarte Pacheco bei der 5. IPU-Weltkonferenz 2021 in Wien

teralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten schafft“, teil. Eröffnet wurde das virtuelle Treffen von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, UNO-Generalsekretär António Guterres und der Präsidentin der Interparlamentarischen Union Gabriela Cuevas Barron. Im Rahmen der Konferenz wurde der Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus eine eigene virtuelle Veranstaltung gewidmet.

Im Vorfeld der virtuellen Weltkonferenz fand am 17. und 18. August auch ein virtuelles 13. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen statt, das von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures gemeinsam mit der IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas Barron eröffnet wurde. Die Parlamentspräsidentinnen erörterten mit Expertinnen kollektive und individuelle Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Eingliederung von Frauen.

5. IPU-Weltkonferenz 2021 in Wien

Unter dem Generalthema „Parlamente als Motor für einen schlagkräftigeren Multilateralismus, der Frieden und nachhaltige Entwicklung für die Menschen und den Planeten bringt“ kamen im September

2021 über 800 Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer aus der ganzen Welt in Wien zusammen, um gemeinsam über globale Herausforderungen wie die Gleichstellung der Geschlechter, die Auswirkungen der Coronapandemie und den Klimawandel zu beraten.

IPU-Präsident Duarte Pacheco zeigte sich sehr erfreut über das erste globale Treffen nach Beginn der Pandemie. Er betonte zudem, dass die IPU für die Verteidigung der Demokratie und der Menschenrechte stehe, und sprach vor diesem Hintergrund etwa die Situation in Myanmar, Afghanistan oder Venezuela an. Auch der Generalsekretär der Interparlamentarischen Union Martin Chungong sprach von großen Herausforderungen für die internationale Staatengemeinschaft. Gerade in der Coronakrise hätten sich die Parlamente als robust erwiesen. Doch man könne Demokratien nicht als etwas Gegebenes ansehen, sagte auch Chungong mit Blick auf Krisen in einigen Staaten. Die parlamentarische Gemeinschaft sei zudem aufgerufen, die Klimakrise in Angriff zu nehmen, sagte Chungong.

Auch 2021 fand im Vorfeld der Konferenz das 13. Gipfeltreffen der Parlamentspräsidentinnen statt. Der Women Summit am 6. September bot die Möglichkeit, Bilanz

über die Entwicklungen des Coronajahres für Frauen und Mädchen zu ziehen und lösungsorientierte Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Bewältigung der Pandemie zu suchen. Das Ergebnis der Gespräche floss in die Beratungen der anschließenden IPU-Weltkonferenz ein und rückte auch das Thema Gleichstellung der Geschlechter in den Fokus aller Parlamente.

Die zweitägigen intensiven Gespräche und Diskussionen mündeten schließlich in eine gemeinsame Deklaration für einen inklusiven, demokratischen und grünen Regenerationsprozess zur Bewältigung der globalen Pandemiefolgen. In ihrer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die über 100 teilnehmenden Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten dabei die Bedeutung der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten bei den Wiederaufbaubemühungen nach der Coronapandemie.

Interparlamentarische Union (IPU)

Die Interparlamentarische Union feierte 2019 ihr 130-jähriges Bestehen. Was 1889 als kleine Gruppe engagierter Abgeordneter begann, wurde zu einer weltweiten Parlamentierorganisation für Völkerzusammenarbeit und Frieden. Sie vereint mittlerweile 180 nationale Parlamente aus der ganzen Welt und arbeitet eng mit den Vereinten Nationen zusammen. Inhaltlich konzentriert sich die IPU auf den Schutz und die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie nachhaltiger Entwicklung. Das Welttreffen der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten wird alle fünf Jahre abgehalten. Vor Wien fand die Konferenz dreimal am UNO-Hauptsitz in New York (2000, 2005 und 2015) sowie einmal am zweiten UNO-Sitz in Genf (2010) statt.



Donauraumkonferenz – Verständnis füreinander fördern

Am 18. und 19. März 2024 fand die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten der EU-Donauraumstrategie im österreichischen Parlament statt. Österreich führte im Jahr 2024 den Vorsitz dieser Strategie, hochrangige Gäste aus der gesamten Donauregion beschäftigten sich eingehend mit den Themen Sicherheit, Demokratiebildung und dem gemeinsamen Kultur-, Natur- und Wissenschaftsraum.

Eine begleitende Ausstellung bildete eindrücklich diesen gemeinsamen Lebensraum entlang der Donau ab und zeigte Exponate, die Bezüge zur miteinander verknüpften Geschichte und zum Kulturraum herstellten und das gegenseitige Verständnis füreinander förderten.

Die Donauraumstrategie

Die Donauraumstrategie, auch EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) genannt, gibt es seit 2011, nachdem der österreichische Bundeskanzler und der rumänische Ministerpräsident 2008 ihre Gründung anregten. Die Donauraumstrategie umfasst 14 Staaten, die die Donau durchquert oder in deren Territorium Zuflüsse zur Donau liegen. Davon sind neun EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Deutschland, Ungarn, Slowakei, Slowenien und Rumänien) und fünf EU-Beitrittskandidaten (Bosnien und Herzegowina, Republik Moldau, Montenegro, Serbien und die Ukraine). Die verstärkte Zusammenarbeit soll die regionale Entwicklung und den sozialen und territorialen Zusammenhalt zwischen den Staaten und Regionen des Donauraums fördern. Österreich führte den Vorsitz von November 2023 bis Dezember 2024.



Antisemitismuskonferenz

Am 10. und 11. September 2024 fand in Wien auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die erste internationale Antisemitismuskonferenz im österreichischen Parlament statt. Die Schaffung einer länderübergreifenden parlamentarischen Allianz gegen den Antisemitismus war das Ziel der Vernetzungskonferenz mit dem Titel „Never again? Democracy cannot tolerate antisemitism“. Parlamentarische Vertreterinnen und Vertreter von 18 Nationen, etwa der Schweiz, Kanada, Belgien, Deutschland, Ungarn sowie Israel, Vertreterinnen und Vertreter der jüdischen Gemeinden und Organisationen nahmen an der Konferenz teil. Der Präsident der Knesset, des israelischen Parlaments, Amir Ohana, hielt die Eröffnungsrede. Die Konferenz endete mit einer angenommenen Abschlusserklärung, die Appelle umfasst, den Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus zu verstärken, und die ausdrückliche Unterstützung des jüdischen Lebens in Europa fordert.

Interparlamentarische Weltraumkonferenz

Nachdem Österreich drei Jahre zuvor die Vollmitgliedschaft bei der Europäischen Interparlamentarischen Weltraumkonferenz

(EISC) erhalten hatte, führte es 2023 den Vorsitz der 25. Sitzung der EISC unter dem Motto „Europas Beitrag zur Weltraumwirtschaft in Zeiten des grünen Wandels“. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, EISC-Vorsitzende Maria Theresia Niss und Josef Aschbacher, Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur (ESA), zeigten sich einig, dass Europa im globalen Wettrennen in den Weltraum nicht zurückfallen dürfe. Im Anschluss beschäftigten sich Vorträge und Diskussionsrunden mit Europas Beitrag zur Erschließung des Weltraums und den Chancen einer sich entfaltenden Weltraumwirtschaft.

Austerlitz-Format und Austerlitz+-Format

Das Austerlitz- bzw. Slavkov3-Format besteht auf parlamentarischer Ebene seit dem Jahr 2018. Ursprünglich als trilaterales Format zwischen Österreich, Tschechien und der Slowakei gegründet, nehmen im Rahmen vom Austerlitz+-Format themenbezogen auch weitere Länder (Slowenien, Kroatien, Italien) teil. Österreich hatte den Vorsitz von Juli 2020 bis Ende Juni 2021 sowie von Juli 2023 bis Ende Juni 2024 inne. Insgesamt fanden in der vergangenen Gesetzgebungsperiode zehn Austerlitz- oder Austerlitz+-Treffen statt, darunter sechs von Österreich ausgerichtet.

Austerlitz-Treffen in der XXVII. GP

| | |
|----------------------|---|
| 12.–13. Februar 2020 | Treffen im Austerlitz+-Format (Kroatien, Montenegro und Serbien) in Bratislava |
| 30. August 2020 | Informelles Treffen in Grafenegg |
| 19. Februar 2021 | Videokonferenz |
| 27. August 2021 | Informelles Treffen in Grafenegg |
| 4. April 2022 | Treffen der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten im Austerlitz-Format in Prag |
| 18. August 2022 | Informelles Treffen in Grafenegg |
| 12. März 2023 | Informelles Treffen in der Hohen Tatra |
| 5.–6. Juni 2023 | Gemeinsamer Besuch in Georgien |
| 25. August 2023 | Informelles Treffen im Austerlitz+-Format in Melk und Grafenegg (Kroatien und Italien) |
| 22.–23. August 2024 | Informelles Treffen im Austerlitz+-Format in Salzburg (Slowenien, Kroatien und Italien) |

Parlamentarische Kooperationen

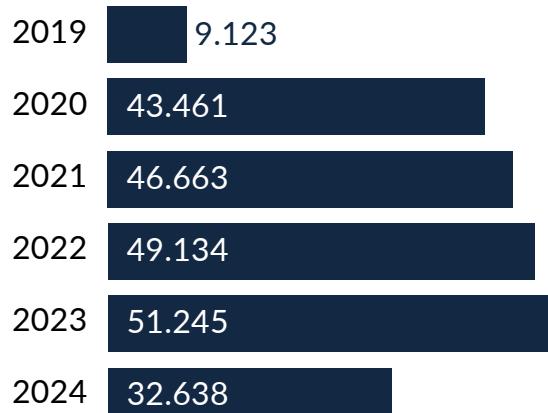
Die Parlamentsdirektion trug mit vielfältigen Kooperationen vorwiegend auf administrativer Ebene zum Kapazitätsaufbau anderer Parlamentsverwaltungen bei: Die Programme des Parlaments sind das Westbalkan-Stipendienprogramm und die Einrichtung der Demokratie-

werkstatt u. a. in Albanien. Weiters nimmt das Parlament auch an EU- und internationalen Projekten z. B. in Bosnien-Herzegowina (Twinning), Nordmazedonien und Serbien (TAIEX), Montenegro und Sambia (Inter Pares) und der Ukraine (USAID) teil.

EU-Datenbank

Die EU-Datenbank ist ein Nachschlagewerk für alle österreichischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier und ermöglicht die Wahrnehmung der Rechte des Parlaments im Rahmen der EU-Mitwirkung. Alles, was seitens der EU produziert wird (und in diesem Zusammenhang auch in den Bundesministerien), wird dort eingepflegt.

In der XXVII. GP wurden knapp **232.500** Dokumente übermittelt. Das ist die höchste Zahl seit Einrichtung der EU-Datenbank im Jahr 1996.



(Stand 1. September 2024)

Die Dossiers des Dienstes 6 analysieren kompakt EU-relevante und internationale Themen. Sie bieten Mandatarinnen und Mandataren Unterstützung bei ihrer politischen Arbeit im internationalen Kontext. Das Informationsangebot richtet sich seit Beginn des Jahres auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

In dieser GP sind insgesamt **66 Dossiers** entstanden.

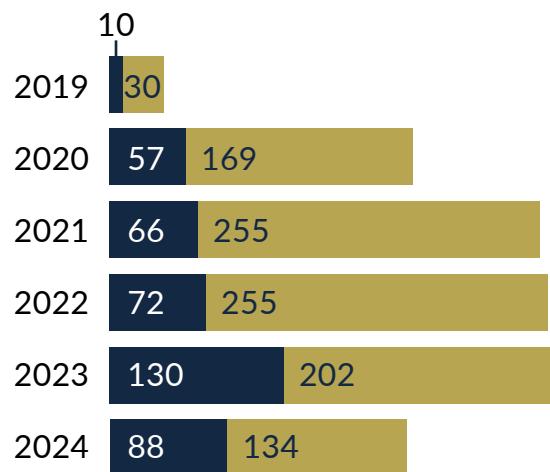


Weltkarte

Die Weltkarte zeigt, mit welchen Ländern in der XXVII. GP parlamentarischer Besuchsaustausch stattfand. Dies beinhaltet bilaterale Incoming- und Outgoing-Termine auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten, der Mandatarinnen und Mandatare und auf Beamtebene im Rahmen parlamentarischer Kooperationen.

Internationale Termine*

● Besuche ● Auslandsreisen



* Daten: Oktober 2019–September 2024



- 1) (2020) (v. li) Präsident des kroatischen Sabor Gordan Jandroković und Gattin, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, damalige Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein (†), Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka
- 2) (2023) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der UN-Generalsekretär António Guterres
- 3) (2020) Rede von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka beim Symposium der European Jewish Association in Krakau und Auschwitz
- 4) (2020) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem damaligen Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico
- 5) (2020) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten und Scheich der Azhar Ahmed Al Tayeb in Ägypten
- 6) (2020) (v. li.) Abg. z. NR August Wöginger, damaliger Bundesinnenminister Horst Seehofer und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Berlin
- 7) (2022) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit einer österreichischen Delegation in Indien
- 8) (2021) Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures mit dem damaligen Vorsitzenden des Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes Wan Gang
- 9) (2023) Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten von Ungarn Zsolt Semjén
- 10) (2022) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem Bundestagspräsidenten a.D. Wolfgang Schäuble (†) in Berlin



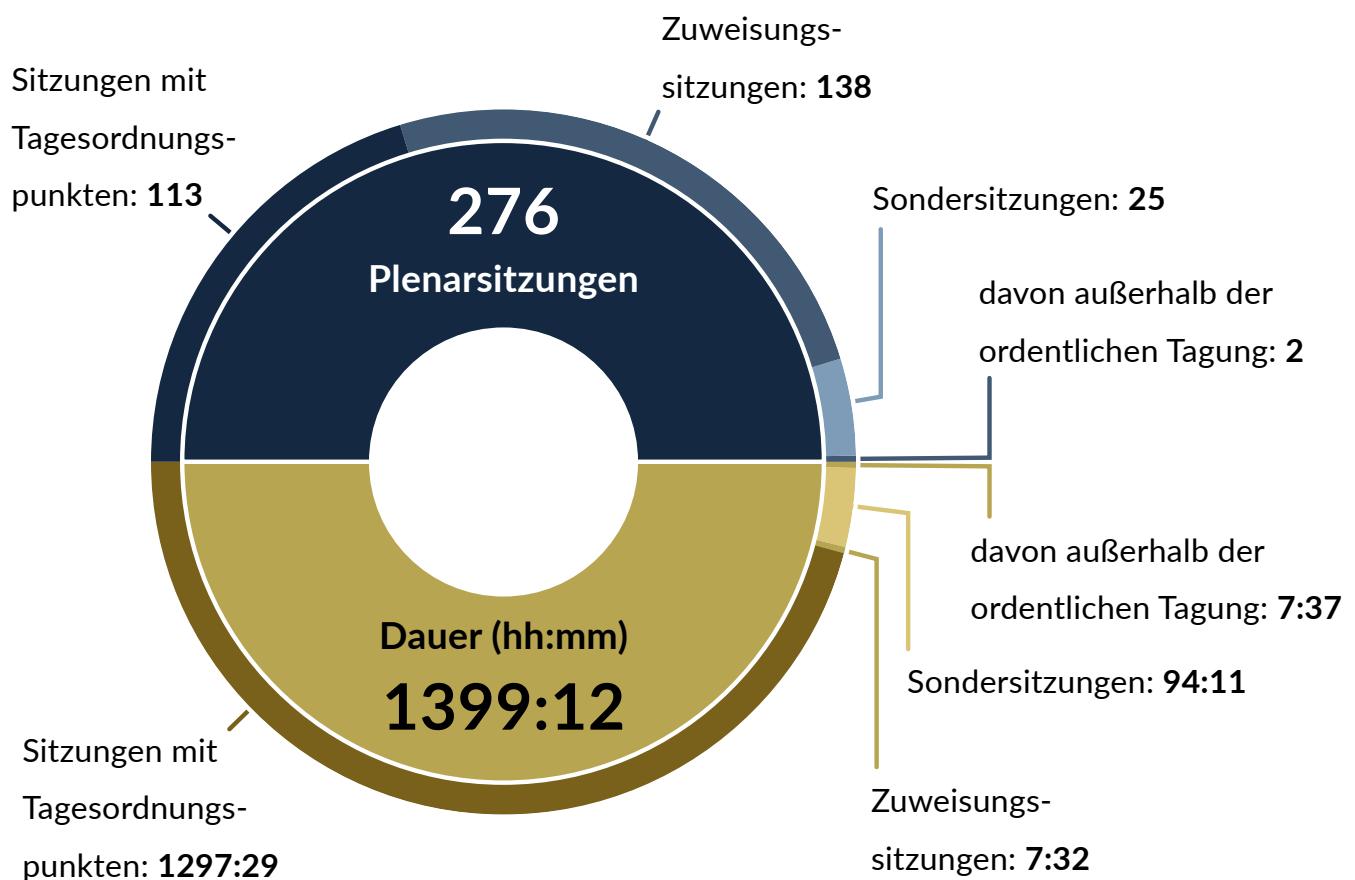


- 11) (2023) Teilnehmende des Zweiten Parlamentarischen Gipfels der Internationalen Krim-Plattform in Prag
- 12) (2023) Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer mit dem stellvertretenden Präsidenten der Nationalversammlung von Korea Chung Woo Taik
- 13) (2022) Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures mit dem niederländischen Königspaar S.M. König Willem Alexander und I.M. Königin Máxima
- 14) (2020) Österreichische Delegation bei einem Besuch des Jüdischen Museums in Berlin
- 15) (2023) Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures mit dem stellvertretenden Präsidenten des Ungarischen Parlaments Lajos Oláh
- 16) (2020) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit dem albanischen Parlamentspräsidenten Gramoz Ruçi in Albanien
- 17) (2022) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bei einem Besuch in Jerusalem
- 18) (2023) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola



Tätigkeit des Nationalrates in der XXVII. GP

Zeitraum: 23. Oktober 2019–30. September 2024



Anzahl der Ausschussitzungen

1.044

Dauer (hh:mm)

3239:45

Fachausschüsse: 795

Untersuchungsausschüsse: 136

Unterausschüsse: 26

Ständige Unterausschüsse: 87



Dringliche Anfragen: 28

Dringliche Anträge: 28

Kurze Debatten: 51



Stenographische Protokolle: **476**

Seiten: **41.575**



Schriftliche Anfragen im Nationalrat:

19.604

| Plenarsitzungen | Anzahl | Dauer [hh:mm] |
|---|------------|----------------|
| Gesamt | 276 | 1399:12 |
| Sitzungen mit Tagesordnungspunkten | 113 | 1297:29 |
| Zuweisungssitzungen | 138 | 7:32 |
| Sondersitzungen | 25 | 94:11 |
| davon außerhalb der ordentlichen Tagung | 2 | 7:37 |

| Ausschusssitzungen | Anzahl | Dauer [hh:mm] |
|--------------------------|--------------|----------------|
| Gesamt | 1.044 | 3239:45 |
| Untersuchungsausschüsse | 136 | 1020:22 |
| Fachausschüsse | 795 | 2016:08 |
| Unterausschüsse | 26 | 57:47 |
| Ständige Unterausschüsse | 87 | 145:28 |

| Stattgefunden haben | Anzahl |
|---|--------------|
| Aktuelle Stunden | 45 |
| Aktuelle Europastunden | 18 |
| Fragestunden | 30 |
| aufgerufene Mündliche Anfragen | 382 |
| Mündliche Zusatzfragen | 385 |
| Regierungserklärungen | 25 |
| davon Regierungserklärungen zu EU-Themen | 1 |
| Erklärungen von Persönlichkeiten der europäischen und internationalen Politik | 2 |
| Plenardebatten Gesamt | 1.652 |
| Dringliche Debatten | 56 |
| Dringliche Anfragen | 28 |
| ÖVP | 0 |
| SPÖ | 10 |
| FPÖ | 10 |
| GRÜNE | 0 |
| NEOS | 8 |
| Dringliche Anträge | 28 |
| ÖVP | 0 |
| SPÖ | 16 |
| FPÖ | 5 |
| GRÜNE | 0 |
| NEOS | 7 |
| Kurze Debatten | 51 |
| Erste Lesungen | 102 |
| Sitzungen der Enquete-Kommissionen | 0 |
| Enqueten | 0 |
| Ordnungsrufe | 205 |
| Sitzungen der Präsidialkonferenz | 90 |

| Verhandlungsgegenstände eingelangt bzw. eingebracht | Anzahl |
|---|---------------|
| Regierungsvorlagen | 470 |
| davon Bundes(verfassungs)gesetze | 365 |
| davon Staatsverträge | 81 |
| davon Vereinbarungen gem. Art. 15a B-VG | 24 |
| Vorlagen über Initiativen und Beschlüsse des Europäischen Rates und des Rates | 1 |
| Initiativanträge von Abgeordneten | 895 |
| Selbständige Entschließungsanträge von Abgeordneten | 3.236 |
| Misstrauensanträge | 29 |
| Anträge von Ausschüssen | 184 |
| davon Gesetzesanträge | 84 |
| davon Entschließungsanträge | 100 |
| Gesetzesanträge des Bundesrates bzw. eines Drittels der Mitglieder | 6 |
| Einsprüche des Bundesrates | 8 |
| Volksbegehren | 43 |
| Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder | 946 |
| Berichte der Volksanwaltschaft | 9 |
| Berichte des Rechnungshofes | 271 |
| Petitionen | 150 |
| Bürgerinitiativen | 74 |
| Schriftliche Anfragen | 19.604 |
| an Mitglieder der Bundesregierung | 19.489 |
| an Präsident des Nationalrates | 95 |
| an Präsidentin des Rechnungshofes | 15 |
| an Ausschussobleute | 5 |

| Gesetzesbeschlüsse | Beschlüsse in 3. Lesung | | |
|---|-------------------------|------------|---------------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| | Anzahl | Anzahl | Prozent |
| Gesamt | 933 | 285 | 30,5 % |
| Regierungsvorlagen | 360 | 128 | 35,6 % |
| Gesetzesinitiativen von Abgeordneten | 483 | 133 | 27,5 % |
| Gesetzesinitiativen von Ausschüssen | 84 | 23 | 27,4 % |
| Bundesrechnungsabschlüsse | 5 | 0 | 0 % |
| Gesetzesinitiativen des Bundesrates bzw. eines Drittels der Mitglieder | 0 | 0 | 0 % |
| Einsprüche des Bundesrates | 1 | 1 | 100 % |
| Volksbegehren | 0 | 0 | 0 % |
| B-VG bzw. Bundesverfassungsgesetze | 10 | 1 | 10 % |
| Einfache Bundesgesetze mit Verfassungsbestimmungen | 53 | 19 | 35,8 % |
| Bundesgesetze mit 2/3-Mehrheit ohne Verfassungsbestimmungen | 7 | 7 | 100 % |

| Beharrungsbeschlüsse | Beschlüsse im Plenum | | |
|----------------------|----------------------|------------|------------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| | Anzahl | Anzahl | Prozent |
| Gesamt | 5 | 0 | 0 % |

| Staatsverträge und Vereinbarungen | Genehmigungen im Plenum | | |
|-------------------------------------|-------------------------|------------|---------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| | Anzahl | Anzahl | Prozent |
| Staatsverträge | 77 | 69 | 89,6 % |
| davon Kündigung von Staatsverträgen | 1 | 1 | 100 % |
| Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG | 24 | 11 | 45,8 % |

| Berichte | Kenntnisnahmen im Plenum | | |
|--|--------------------------|------------|---------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| | Anzahl | Anzahl | Prozent |
| Berichte der Bundesregierung | 66 | 32 | 48,5 % |
| davon zu EU-Themen | 1 | 0 | 0 % |
| Berichte der Volksanwaltschaft | 9 | 9 | 100 % |
| Berichte des Rechnungshofes | 221 | 219 | 99,1 % |
| Berichte des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses gemäß § 32e Abs. 4 GOG-NR | 1 | 0 | 0 % |

| Berichte | Kenntnisnahmen im Ausschuss | | | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|--|--|--|--|
| | Gesamt | | | | |
| | Anzahl | | | | |
| Berichte der Bundesregierung | 756 | | | | |
| davon zu EU-Themen | 68 | | | | |

| Entschließungen | Angenommen im Plenum | | |
|-----------------|----------------------|------------|---------------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| | Anzahl | Anzahl | Prozent |
| Gesamt | 380 | 199 | 52,4 % |

| Stenographische Protokolle und Auszugsweise Darstellungen | Anzahl | | Seiten |
|--|------------|---------------|--------|
| | Gesamt | Einstimmig | |
| Stenographische Protokolle | 476 | 41.575 | |
| Nationalratssitzungen | 247 | 34.040 | |
| Kommuniqués von Untersuchungsausschüssen | 229 | 7.535 | |
| Auszugsweise Darstellungen | 68 | 698 | |
| Hauptausschuss in Angelegenheiten der EU | 27 | 148 | |
| Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU | 26 | 171 | |
| Sonstige Ausschussverhandlungen | 15 | 379 | |
| Sonstige Veranstaltungen | 106 | | |

Schriftliche Anfragen im Nationalrat

XXVII. Gesetzgebungsperiode

| | ÖVP | SPÖ | FPÖ | GRÜNE | NEOS | OK | Gemeinsam | Gesamt |
|---|-----|-----|-------|-------|------|----|-----------|--------|
| Arbeit | 2 | 71 | 325 | 3 | 67 | - | - | 468 |
| Arbeit, Familie und Jugend | - | 74 | 190 | 4 | 67 | - | - | 335 |
| Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz | - | 24 | 31 | 3 | 24 | - | - | 82 |
| Arbeit und Wirtschaft | 1 | 150 | 420 | 5 | 134 | - | - | 710 |
| Bildung, Wissenschaft und Forschung | 2 | 372 | 516 | 5 | 277 | - | - | 1.172 |
| Bundeskanzleramt | 3 | 297 | 390 | 3 | 265 | - | - | 958 |
| Büro der Bundesministerin/ des Bundesministers im Bundeskanzleramt | - | 15 | 1 | 1 | 7 | - | - | 24 |
| Digitalisierung und Wirtschaftsstandort | 1 | 158 | 191 | 6 | 188 | - | - | 544 |
| EU und Verfassung | 2 | 192 | 167 | 2 | 104 | - | - | 467 |
| Europa, Integration und Äußeres | - | 20 | 2 | 2 | 7 | - | - | 31 |
| Europäische und internationale Angelegenheiten | 1 | 232 | 302 | 12 | 236 | - | - | 783 |
| Finanzen | 1 | 475 | 508 | 35 | 405 | - | - | 1.424 |
| Frauen, Familie, Integration und Medien | 2 | 138 | 192 | 2 | 108 | - | - | 442 |
| Frauen, Familie, Jugend und Integration | - | 49 | 66 | 1 | 27 | - | - | 143 |
| Frauen und Integration | - | 44 | 36 | - | 27 | - | - | 107 |
| Inneres | 4 | 716 | 1.369 | 104 | 597 | - | 2 | 2.792 |
| Justiz | 28 | 389 | 863 | 13 | 382 | - | 1 | 1.676 |
| Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie | 37 | 342 | 668 | 3 | 286 | - | - | 1.336 |

| | | | | | | | | |
|--|------------|--------------|--------------|------------|--------------|----------|----------|---------------|
| Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport | 7 | 230 | 328 | 4 | 169 | - | - | 738 |
| Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft | - | 105 | 153 | 5 | 54 | - | - | 317 |
| Landesverteidigung | 2 | 271 | 425 | 32 | 295 | - | - | 1.025 |
| Landwirtschaft, Regionen und Tourismus | 1 | 157 | 277 | 11 | 114 | - | - | 560 |
| Nachhaltigkeit und Tourismus | - | 27 | 17 | 1 | 17 | - | - | 62 |
| Öffentlicher Dienst und Sport | - | 12 | 2 | 1 | 3 | - | - | 18 |
| Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz | 7 | 489 | 2.017 | 6 | 639 | - | - | 3.158 |
| Verfassung, Reformen, De-regulierung und Justiz | - | 24 | 20 | 4 | 30 | - | - | 78 |
| Verkehr, Innovation und Technologie | - | 20 | 4 | 2 | 13 | - | - | 39 |
| Präsidentin bzw. Präsident des Nationalrates | - | 27 | 55 | 1 | 12 | - | - | 95 |
| Präsidentin bzw. Präsident des Rechnungshofes | - | 4 | 8 | - | 3 | - | - | 15 |
| Vorsitz: Außenpolitischer Ausschuss | - | - | 1 | - | - | - | - | 1 |
| Vorsitz: Finanzausschuss | - | 1 | - | - | - | - | - | 1 |
| Vorsitz: Kulturausschuss | - | - | 1 | - | - | - | - | 1 |
| Vorsitz: Umweltausschuss | - | - | 1 | - | - | - | - | 1 |
| Vorsitz: Untersuchungsausschuss | 1 | - | - | - | - | - | - | 1 |
| Gesamt | 102 | 5.125 | 9.546 | 271 | 4.557 | - | 3 | 19.604 |

Bildnachweis

- © Parlamentsdirektion/Raimund Appel: S. 35 (4 li.)
- © Parlamentsdirektion/Ravi Batra: S. 106 (7)
- © Parlamentsdirektion/David Bohmann: S. 36 (8 re.)
- © Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 35 (1 li., 2 li., 3 li.), 36 (5 re., 6 li., 7 re., 8 li.), 48, 52 (o.), 55 (9), 61 (2. v. o.), 62, 66 (o.), 89 (alle), 93 (3. Reihe li.)
- © Parlamentsdirektion/Katie-Aileen Dempsey: Cover, S. 36 (6 re.), 53 (Mitte re., li. u.), 70–71
- © Parlamentsdirektion/Bubu Dujmic: S. 52 (beide Mitte), 55 (8, 10)
- © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer: S. 2, 37 (11 li.)
- © Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 35 (1 re.)
- © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen: S. 14–15, 17 (li. o.), 18, 50 (o.), 54 (2), 56 (14), 98 (beide o.), 108 (13)
- © Parlamentsdirektion/Stefan Olah: S. 36 (7 li.), 39 (9 li.)
- © Parlamentsdirektion/Paul Ott: S. 24–25, 35 (3 re.)
- © Parlamentsdirektion/Mike Ranz: S. 36 (5 li.), 39 (10 li.)
- © Parlamentsdirektion/Arman Rastegar: S. 39 (10 re.), 57 (21), 76 (o.)
- © Parlamentsdirektion/Anna Rauchenberger: S. 7, 39 (11 re.), 93 (3. Reihe re.), 108 (12), 109 (15)
- © Parlamentsdirektion/Thomas Topf: S. 31 (o.), 32–33, 35 (4 re.), 40–41, 45, 47, 50 (2. v. o.), 51 (beide o., li. u.), 52 (re. u.), 53 (beide o.), 54 (3, 4, 5, 6), 55 (7), 56 (12, 15, 17), 57 (19, 22), 61 (u.), 64–65, 66 (beide u.), 67, 73, 83 (u.), 86–87, 88, 90–91, 93 (beide u.), 94–95, 98 (u.), 107 (9)
- © Parlamentsdirektion/Ulrike Wieser: S. 42–43, 50 (1 u. 2 v. u.), 51 (re. u.), 52 (li. u.), 53 (re. u.), 55 (11), 56 (16), 74–75, 84, 96–97
- © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 14–15, 23, 35 (2 re.), 39 (9 re.), 44, 53 (Mitte li.), 54 (1), 56 (13), 57 (18, 20), 58–59, 61 (oben, 3. v. o.), 63, 78–79, 80–81, 82, 83 (o.), 100–101, 106 (1, 2, 3, 4, 5, 6), 107 (8), 108 (14), 109 (16, 17, 18)

© Parlamentsdirektion/Victoria Coeln, **Das Parlament im Licht der Menschenrechte**, 2023, Foto: Parlamentsdirektion/Michael Buchner: S. 69 (o.)

© Parlamentsdirektion/Victoria Coeln, **Das Parlament im Licht der Menschenrechte**, 2023, Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Topf: 68 (alle)

© Parlamentsdirektion/Victoria Coeln, **Das Parlament im Licht der Menschenrechte**, 2023, Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: 69 (u.)

© Achim Bieniek: S. 29

© Tiroler Landtag/Christanell: S. 76–77

© Ute Grabowsky: S. 107 (10)

© Parlamentarische Bundesheerkommission: S. 31 (u.)

© Michal Pavlik: S. 108 (11)

© Photo Simonis/Volksanwaltschaft: S. 26

Infografiken:

S. 104–105: © vemaps.com, Änderungen Parlamentsdirektion

S. 20–21, 110–111: © Parlamentsdirektion/Pia Wiesböck

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: 4.2 – Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur |

Tamara Oberleiter, Sabina König, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity & Public Relations, Kunst und Kultur |

Pia Wiesböck

Druck: Parlamentsdirektion

Wien, im Oktober 2024

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.

Weitere Hinweise zu unseren Angeboten unter:



🌐 www.parlament.gv.at

🌐 www.demokratiewebstatt.at

🌐 www.demokratie-in-bewegung.at

🌐 www.parlament.gv.at/bibliothek

🌐 www.parlament.gv.at/archiv